

P r o t o k o l l

Nr. 13

über die Verhandlungen des Grossen Gemeinderates von Zug

Dienstag, 10. Dezember 2013

14.00 – 19.30 Uhr

im Kantonsratssaal, Regierungsgebäude

Vorsitz: Ratspräsident Stefan Moos

Protokoll: Ruth Schorno

Verhandlungsgegenstände

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 12 vom 19. November 2013
2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3. Postulat SP-Fraktion vom 19. November 2013 betreffend UNICEF-Initiative „Kinderfreundliche Gemeinde“
Überweisung
4. Budget 2014 und Finanzplan 2014 bis 2017
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2280 vom 22. Oktober 2013
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2280.1 vom 18. November 2013
5. Einzelinitiative Jürg Messmer und Mitunterzeichnende betreffend Sport- und Streethockeyhalle für Oberwil: Neubau Streethockeyhalle, Baukredit; Gültigerklärung und Unterstellung unter die Urnenabstimmung
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1915.5 vom 19. November 2013
6. Postulat Philip C. Brunner und Jürg Messmer, beide SVP, vom 18. Juni 2013: Ohne genaue Berechnung der Folgekosten dürfen keine Investitionskredite mehr bewilligt werden!
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2284 vom 12. November 2013

7. Interpellation Philip C. Brunner, SVP, vom 26. August 2013: Ist die verspätete Übergabe der neuen Parkierungsanlage Allmendstrasse auch die Chance für die erste neue professionelle Parkraum-Bewirtschaftung mit Parkleitsystem (PLS) im Herti - Quartier - Zug West?
Antwort des Stadtrats Nr. 2285 vom 19. November 2013

8. Mitteilungen

Eröffnung

Ratspräsident Stefan Moos eröffnet die heutige 641. Sitzung des Grossen Gemeinderates und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderates und des Stadtrates auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Für die heutige Sitzung sind keine Entschuldigungen eingegangen; alle 40 Mitglieder des Grossen Gemeinderates sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Ratspräsident Stefan Moos: Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung bedürfen der Zustimmung des Rates. Ich gehe davon aus, dass Sie allfälligen Ton- und Bildaufnahmen während der Ratssitzung stillschweigen zustimmen.

Ratspräsident Stefan Moos: Am 30. November 2013 ist Altstadtpräsident Walter A. Hegglin im Alter von 86 Jahren gestorben. Er war als Kantonsrat tätig und von 1963 bis 1982 als Stadtrat von Zug, die letzten vier Jahre davon als Stadtpräsident.

Die Anwesenden erheben sich im Gedenken an Walter A. Hegglin von ihren Sitzen.

Ratspräsident Stefan Moos: Leben enden und Leben beginnen. In diesem Sinne freut es Ratspräsident Stefan Moos ganz herzlich, Sandra Barmettler zu ihrem heutigen Geburtstag zu gratulieren.

Wie beim Essen des Grossen Gemeinderates angekündigt, wurde heute ein kleines Geschenk in Form der Stadt-Zug-Mütze übergeben. Auch der Stadtrat hat eine solche Mütze erhalten, dies nicht als Drohung, dass er sich für das Budget warm anziehen müsse, sondern tatsächlich für die kalten Temperaturen im Winter.

Hugo Halter: Auch Othmar Keiser hat heute Geburtstag.

Ratspräsident Stefan Moos gratuliert auch Othmar Keiser im Namen aller herzlich zum Geburtstag.

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 12 vom 19. November 2013

Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass keine Änderungsanträge eingegangen sind; die Traktandenliste gilt somit als stillschweigend genehmigt.

Zum Protokoll Nr. 12 der Sitzung vom 19. November 2013:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos teilt mit, dass keine Berichtigungen eingegangen sind; das Protokoll Nr. 12 der Sitzung vom 19. November 2013 gilt somit als stillschweigend genehmigt.

2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

Motionen und Postulate

Postulat der SP-Fraktion betr. UNICEF-Initiative „Kinderfreundliche Gemeinde“

Mit Datum vom 19. November 2013 hat die SP-Fraktion folgendes Postulat eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen, ob die Standortbestimmung der UNICEF-Initiative „Kinderfreundliche Gemeinde“ vorgenommen werden, und ob sich die Stadt Zug für das Label „Kinderfreundliche Gemeinde“ der UNICEF bewerben soll.

Begründung:

In der Schweiz kommt den Gemeinden eine grosse Verantwortung bei der Umsetzung der Kinderrechte (gemäss UN-Kinderrechtskonvention, welche 1997 auch durch die Schweiz ratifiziert wurde) zu. Der Zugang zur Schule, ein qualitativ hochstehender Schulunterricht, Partizipation, Gesundheitsvorsorge, Schutz vor Gewalt und Missbrauch usw. sind Themen, die zwar oft auf kantonaler und/oder nationaler Ebene geregelt werden, doch liegt die Umsetzung der vorgeschriebenen Ziele zumeist bei den Gemeinden. Die UNICEF-Initiative „Kinderfreundliche Gemeinde“ will die Umsetzung der Kinderrechtskonvention auf kommunaler Ebene unterstützen. Sie fordert Prozesse zur Steigerung der Kinderfreundlichkeit und ermöglicht es Gemeinden, eine Standortbestimmung zu diesem Thema durchzuführen. Fällt diese Standortbestimmung positiv aus, können sich die Gemeinden um das Label „Kinderfreundliche Gemeinde“ bewerben. Angesichts der Tatsache, dass die Stadt Zug einiges investiert, um Familien und Kinder zu fördern (z.B. Betreuungsangebote, zusätzliche Schulräume, Mittags- und Nachmittagstische), würde der Beitritt zur UNICEF-Initiative logisch an diese Bemühungen anschliessen und sie zusätzlich aufwerten. Rund 50 Gemeinden befinden sich bereits im Labeling-Prozess für eine „Kinderfreundliche Gemeinde“, darunter auch Städte wie Basel, St. Gallen, Baden oder Wil. Für einen internationalen Standort wie Zug mit seiner entsprechenden Wachstums- und Änderungsdynamik ist Kinderfreundlichkeit ein wichtiges Anliegen, um den Familien, die in Zug wohnen, eine lebenswerte Umgebung zu bieten. Abklärungen in verschiedenen Städten und Gemeinden haben ergeben, dass das UNICEF-Label „Kinderfreundliche Gemeinde“ inzwischen ausgereift ist und sich gut entwickelt hat. Der Zeitpunkt für Zug ist damit genau richtig.“

Ratspräsident Stefan Moos teilt mit, dass das Postulat heute unter Traktandum 3 zur Überweisung traktandiert ist.

Eingaben

Einzelinitiative Patrick Cotti betr. Pilotbetrieb beim Verkehrsregime im südlichen Zentrum

Mit Datum vom 10. Dezember 2013 hat Patrick Cotti folgende Einzelinitiative eingereicht:
„Gemäss § 12 der Gemeindeordnung der Stadt Zug reiche ich nachfolgende Einzelinitiative ein und bitte den Rat um Behandlung des Vorschlages zu einem Pilotbetrieb.“

Begehren:

Die Stadt Zug setzt sich gegenüber dem Kanton dafür ein, dass im Rahmen eines Pilotbetriebes während einem Jahr die Vorstadt am Wochenende nicht vom motorisierten Individualverkehr befahren wird. Ebenso setzt sie sich ein für Tempo 30 auf allen südlichen Zentrumstrassen ohne Ägeristrasse, Bahnhofstrasse und Neugasse während des Pilotbetriebes. Dabei soll die Bahnhofstrasse am Wochenende im Gegenverkehrs-Regime befahren werden.

Begründung:

Eine verkehrsfreie Vorstadt ist den Stadtzugerinnen und -zugern schon lange ein Anliegen, um den See nahen Stadtteil vor allem während der Freizeit ungestört flanierend oder in den Restaurants sitzend geniessen zu können. Nun planen Kanton und Stadt Zug, u.a. die Vorstadt mittels Stadttunnel verkehrsfrei zu bekommen. Das Kantonsparlament wird voraussichtlich im Februar über die Zukunft des Projektes entscheiden, die Umsetzung erfolgt, wenn überhaupt, frühestens in 10 bis 15 Jahren. In der Zwischenzeit plant weder die Stadt noch der Kanton eine Veränderung der Verkehrssituation in der Stadt Zug. Während unterschiedlichen öffentlichen Anlässen in der Stadt (Märlisunntig, Seenachtsfest usw.) zeigt sich, dass mittels kluger Verkehrsführung die Vorstadt vom motorisierten Individualverkehr frei gehalten werden kann. Unabhängig vom Entscheid des Kantonsparlamentes betreffend dem Stadttunnel bestünde die Möglichkeit, diese im Rahmen eines Pilotbetriebes während einem Jahr von Freitag- bis Sonntagabend verkehrsfrei zu halten. Dazu müssten selbstredend nur die notwendigen flankierenden Massnahmen zur Verkehrsführung ohne teure bauliche Umsetzungen getroffen werden. Eine Tempo-Reduktion im südlichen Zentrum der Stadt von 50 auf 30 Stundenkilometer ohne Reduktion auf der Hauptverkehrsachse würde ausserdem die durch den Tunnel gewünschte ruhigere Situation für FussgängerInnen jetzt und heute ermöglichen, ohne dass dafür 1 Mia. Franken zur Umsetzung benötigt würden. Dabei müsste die Stadt nur auf wenigen Strassen die Höchstgeschwindigkeit reduzieren. Ein Versuch über ein Jahr würde schliesslich auch neue Erkenntnisse zum städtischen Verkehr und den Bedürfnissen von Gewerbe und Einwohnerinnen ermöglichen, welche in der Praxis erprobt und nach wie vor veränderbar sind, und gleichzeitig für FussgängerInnen ein neues Stadtgefühl eröffnen, auf das die Stadt schon länger wartet.“

Ratspräsident Stefan Moos teilt mit, dass diese Einzelinitiative heute im Rat verteilt wurde.

3. Postulat SP-Fraktion vom 19. November 2013 betreffend UNICEF-Initiative „Kinderfreundliche Gemeinde“ Überweisung

Etienne Schumpf: Ein bewährtes und einzigartiges Quartierschulhausprinzip, eine sehr gute ausser-schulische Kinderbetreuung, neue grosszügige Spielplätze, eine vorbildliche Musikschule mit einer reichhaltigen Palette an Instrumenten, ein reichhaltiges Angebot an Schulsportmöglichkeiten und nicht zuletzt auch eine grosszügige Verbilligung des Buspasses für Schülerinnen und Schüler. Dies nur ein paar Beispiele, um aufzuzeigen, welche sehr grosszügigen Angebote die Stadt Zug Kindern und Familien bietet. Zug braucht kein Label und keine Bestätigung für etwas, was man bereits weiss. Der Nutzen des Labels „Kinderfreundliche Gemeinde“ ist sehr gering. Der Aufwand ist aber sehr gross, wenn man bedenkt, dass man diese unterschiedlichen Phasen und Stufen dieses UNICEF-Zyklus durchlaufen, Workshops veranstalten und auch der UNICEF Bericht erstatten muss über die Fortschritte. Der Aufwand ist viel viel grösser als der Nutzen eines solchen Labels. Die FDP-Fraktion ist eine sehr kinderreiche und kinderfreundliche Fraktion. Allerdings möchte sie den Stadtrat nicht beüben, dieses Postulat beantworten zu müssen, und beantragt mit voller Überzeugung die Nichtüberweisung dieses Postulates.

Rupan Sivaganesan stellt fest, dass es heute rein um die Überweisung geht. Mit dem vom Stadtrat zu erarbeitenden Bericht und Antrag besteht die Möglichkeit, anhand von Fakten zu entscheiden. Es stimmt, Kanton und Stadt Zug machen enorm viel im Familienbereich. Hier geht es um ein Label. Das bedeutet nicht, dass etwas neu erfunden werden muss. Rupan Sivaganesan ersucht daher, den Vorstoss zu überweisen. Die SP-Fraktion hatte vor 10 Jahren mit dem ehemaligen Gemeinderat Werner Golder dieses Label gefordert. Damals zeigte sich, dass hierfür die Zeit offenbar noch nicht reif war. Vor drei Jahren hat Fraktionskollegin Christina Huber dieses Label in Cham gefordert. Jetzt kann der Versuch auch in Zug gestartet werden.

Christina Huber ersucht den Rat ebenfalls, den Vorstoss der SP-Fraktion zu überweisen. Beim UNICEF-Label geht es nicht nur darum, hinzuschauen, ob es grosszügige Angebote gibt. Das ist nur ein Teil von Kinderrechten. Es geht beispielsweise auch um die Frage der Partizipation von Kindern und Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben. Christina Huber hat vor ein paar Jahren diesen Vorstoss in Cham in der Gemeindeversammlung eingebracht. Er wurde entgegengenommen. Ebenfalls wurde die Standortbestimmung der UNICEF durchgeführt. Cham hat sich zwar anschliessend nicht um das Label beworben, jedoch die Standortbestimmung hat immerhin eine gute Ausgangslage geboten, um sich Gedanken bezüglich der Kinder- und Jugendpolitik zu machen. „Nutzen Sie doch diese Gelegenheit.“

Ratspräsident Stefan Moos: Für die Nichtüberweisung von Postulaten genügt das einfache Mehr.

Abstimmung

über den Antrag von Etienne Schumpf namens der FDP-Fraktion für Nichtüberweisung:
Für die Nichtüberweisung stimmen 17 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 20 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR mit 20:17 Stimmen das Postulat an den Stadtrat überwiesen hat. Dieser hat nun 12 Monate Zeit, dem GGR Bericht und Antrag vorzulegen.

4. Budget 2014 und Finanzplan 2014 bis 2017

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2280

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2280.1

Ratspräsident Stefan Moos: Gemäss § 48 Abs. 4 der GSO ist unter anderem das Budget zwingend zu beraten, es findet daher keine Eintretensdebatte statt.

Grundsatzvoten

Stadtrat Karl Kobelt präsentiert das Budget anhand einer Powerpoint-Präsentation, äussert aber zuerst einleitend einige Gedanken, die sich aufgrund der Finanzsituation der Stadt Zug im Hinblick auch auf das Budget und die Finanzplanung der nächsten Jahre aufdrängen. Die schwierige Nachricht ist die, dass die Stadt Zug vor erheblichen Herausforderungen steht, die gute ist, dass der Stadtrat sehr klare Vorstellungen hat, wie er diese Herausforderungen meistern kann. Stadtrat Karl Kobelt erläutert den Voranschlag anhand der Powerpoint-Präsentation wie folgt:

- Wohnbevölkerung und Berufstätige: Sowohl bei der Bevölkerung als auch bei den Juristischen Personen, bei den Unternehmungen und damit auch bei den Erwerbstätigen besteht ein Wachstum in dieser Stadt. Das bedeutet, dass die Aufgaben der öffentlichen Hand nicht kleiner werden.
- Schülerzahlen: Es gibt steigende Schülerzahlen. Auch das ist bekannt.
- Bilanz/Mindereinnahmen der kantonalen Steuergesetzrevisionen: Die Stadt Zug hat eine gesunde Bilanz, was sich unter anderem darin zeigt, dass beim Fremdkapital nur sehr moderat erweitert werden muss. Der Vergleich Fremdkapital/Eigenkapital zeigt, dass der Anteil beim Fremdkapital klar unter der 50 %-Grenze bleibt. Ein Teil des strukturellen Defizits, mit dem sich die Stadt Zug auseinandersetzen bzw. mit dem sie leben muss, sind die Mindereinnahmen bei den Fiskalerträgen aufgrund der Steuergesetzrevisionen des Kantons in den letzten Jahren. Sie schlagen auch im nächsten Jahr mit über CHF 24 Mio. sehr erheblich zu Buche. Bei den Fiskaleinnahmen darf festgestellt werden, dass eine stabile Situation besteht, vorausgesetzt, die Wirtschaft entwickelt sich weiter so wie in den letzten Jahren seit der Finanzkrise.
- Fiskalerträge: Potential bei den Grundstückgewinnsteuern: Insbesondere bei den Grundstückgewinnsteuern besteht Potential.
- Anhaltend hohe Ausgleichszahlungen: Der zweite Teil des strukturellen Defizits liegt in den sehr hohen Ausgaben bei ZFA und NFA. Diese bleiben auf hohem Niveau auch in den Folgejahren. Eine gewisse Stabilisierung ab 2015 tritt nur dann ein, wenn eine Minderbelastung beim ZFA erwirkt werden kann. Bei der Stadt Zug war seit der Einführung des ZFA bis heute eine Senkung des Pro-Kopf-Vermögens zu gewärtigen in der Höhe von rund 80 %. Das ist sehr erheblich. Andererseits gibt es in sechs Gemeinden des Kantons Zug (Unterägeri, Menzingen, Baar, Risch, Walchwil und Neuheim) die Situation, dass in diesen Jahren sich diese Gemeinden von einer Nettoverschuldung in ein Nettovermögen entwickeln konnten. Stadtrat Karl Kobelt will nicht auf Polemik machen, das ist aber ein Faktum. Positiv ist, dass die Steuerfüsse im Kanton Zug in dieser Zeit näher zusammenrückten.

- Finanzstrategie Stadt Zug: Bei der Finanzstrategie der Stadt Zug stehen zuoberst die gesunden Gemeindefinanzen. Nur wenn diese gewährleistet sind, können die anderen wichtigen Pfeiler, die auch allen am Herzen liegen, das gute und attraktive Leistungsangebot und die moderate Steuerbelastung, aufrechterhalten werden. Der dreistufige Massnahmenplan, den der Stadtrat im März dieses Jahres beschlossen hat, hatte vor allem zum Ziel, diese gesunden Gemeindefinanzen auch in Zukunft zu gewährleisten.
- Personaleinheiten: Erfreulich ist, dass es dem Stadtrat gelungen ist, zumindest im Budget 2013/2014 eine Plafonierung des Personaletats zu erwirken. Das ist anerkennenswert. In den Folgejahren wird man schauen, wie sich das weiter entwickelt. Hier ist allenfalls eine Erhöhung zu gewärtigen. Stadttunnel und weitere Unterrichtsbereiche, die aufgefüllt werden müssen, sind hier die Stichworte. Innerhalb eines Jahres haben der Stadtrat und der Grosse Gemeinderat erhebliche Kürzungen bei der Laufenden Rechnung erwirkt und beschlossen. 2012, vor genau einem Jahr, hat der GGR CHF 3,5 Mio. Kürzungen beschlossen. Der Stadtrat hat das umgesetzt und darüber hinaus rund CHF 2 Mio. weiterhin in Eigenregie und Eigeninitiative an Kürzungen im laufenden Jahr erwirkt. Mit dem durch die Plafonierung des Stellenetats erreichten Sparpotentials ergibt das rund CHF 6,5 Mio. Davon ausgehend, dass bei einem Etat von CHF 260 Mio. rund 85 % gebundene und nur 15 % ungebundene Ausgaben sind und somit der GGR nur mit CHF 40 Mio. manövrieren kann, wurden Kürzungen in der Grössenordnung von immerhin CHF 6,5 Mio. des kürzbaren und gestaltbaren Teils von CHF 40 Mio. vorgenommen. Das ist eine erhebliche Leistung, die GGR und Stadtrat zusammen erbracht haben.
- Investitionen: Bei den Investitionen wurden in der Langzeitplanung für die nächsten 10 Jahre Reduktionen um CHF 65 Mio. vorgenommen. Die Nettoinvestitionen bewegen sich somit auf einem Durchschnitt von CHF 30 Mio. pro Jahr. Diese Grössenordnung ist notwendig, um die Stadt Zug auch weiterhin im erforderlichen Rahmen hegen, pflegen und entwickeln zu können. Bei der Fremdfinanzierung stellt der Stadtrat fest, dass die Nettoinvestitionen auf einem bedeutend tieferen Niveau als bis anhin stabilisiert werden können. Die Fremdfinanzierung bleibt in sehr moderatem Bereich, vielleicht mit Ausnahme von 2016, wo eine Rückzahlung von Fremdkapital ansteht. Die Nettoinvestitionen (Bruttoinvestitionen abzüglich die notwendigen Devestitionen) liegen sehr nahe am Strategiewert. Dieser orientiert sich an der Zahl, welche durch die laufende Rechnung aus eigener Kraft finanziert werden kann.
- Entlastung ZFA/NFA: Nur wenn beim NFA/ZFA eine Reduktion erwirkt werden kann, landet die Stadt Zug bei einer Plafonierung dieser Ausgaben bei rund CHF 60 Mio. pro Jahr. Das ist immer noch erheblich, kann aber gestemmt werden. In den nächsten Jahren ist mit einer roten Null zu rechnen, vorausgesetzt, dass diese Reduktion auch gelingt. 80 Steuerfussprozent sind im Moment der Normsteuerfuss. Er soll dynamisiert bzw. jährlich angepasst werden auf einer Höhe, die 10 % über dem arithmetischen Mittel der Steuerfusse im Kanton Zug liegt. Das würde bedeuten, dass 2012 hypothetisch für die Stadt Zug eine Reduktion ins Haus stehen würde von ca. CHF 2,5 Mio. Zudem wird die Bemessungszahl, die dieser Belastung zugrunde liegt, verändert. Auch das gibt eine Entlastung von ca. CHF 1 Mio. Des weitern gibt es klare Signale aus der Finanzdirektion, dass der Kanton sich am horizontalen Finanzausgleich beteiligen wird. Das muss aber vom Regierungsrat noch

genehmigt werden. Auch wenn das noch nicht erfolgt ist, kann dennoch gesagt werden, dass hier die Stadt Zug auf gutem Weg ist, jedoch noch nicht am Ziel.

- Schätzungen Laufende Rechnung 2013: In der Rechnung 2013 besteht eine sehr gute Situation bei den Grundgewinnsteuern. Hier wird die Stadt Zug über Budget abschliessen. Bei den Juristischen Personen muss ein Ertrag unterhalb des Budgets gewärtigt werden. Bei den Natürlichen Personen wird voraussichtlich sehr nahe beim Budget abgeschlossen werden können. Das bedeutet, dass insgesamt geringfügig besser abgeschlossen werden kann als die budgetierten CHF 3,9 Mio. Darin ist die Entnahme aus der Steuerausgleichsreserve von CHF 5 Mio. nicht enthalten. Effektiv weist der Voranschlag 2013 demnach einen Aufwandüberschuss von CHF 8,9 Mio. aus. Bei den Investitionen ist die Stadt Zug absolut auf Kurs.

Bevor der GGR nun in die Debatte einsteigt, möchte Stadtrat Karl Kobelt noch einige Gedanken aus Sicht des Stadtrates ans Herz legen: Das neue Harmonische Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2), das der Darstellung sämtlicher Zahlen der Stadt Zug zugrunde liegt, besagt, dass sämtliche Zahlen und Werte den effektiv anfallenden Einnahmen und Ausgaben entsprechen. True and Fair View aus der Sicht der Stadtrats bedeutet, dass er ein Optimum im Vorschlag erzielt und sich redlich bemüht hat, zu hohe Budgetierungen zu vermeiden und so "Luft" aus dem Budget rauszunehmen. Er hat - und Stadtrat Karl Kobelt meint, dass das für einen Stadtrat mit linker Mehrheit höchst beachtlich ist - proaktiv den Sparstift angesetzt und ist mit seinen Sparbemühungen noch weiter gegangen, als ihm dies dieses Parlament auferlegt hat. Den bürgerlichen Fraktionen sei gesagt: Sie haben von diesem Stadtrat einen Voranschlag erhalten, der bürgerlichen Massstäben gerecht wird. Stadtrat Karl Kobelt wünscht sich, dass dies angemessen gewürdigt wird. Die GPK - das finanzpolitische Gewissen dieses Rats - hat dies mit bürgerlicher Mehrheit bereits getan. Die Eingriffe der Kommission ins Budget sind moderat, der Stadtrat ist bereit, die Anpassungen der GPK in der Höhe von CHF 84'000.-- zu akzeptieren. Die bürgerliche Mehrheit des Rats hat nun die Möglichkeit, diesen Anträgen der GPK zu folgen. Der Stadtrat würde dies begrüssen. Im gleichen Atemzug sei aber auch den nichtbürgerlichen Fraktionen in diesem Rat vermittelt: sie haben die Möglichkeit, dem Antrag "ihres" linken Stadtrats zu folgen und am aktuellen Steuerfuss in der Höhe von 60 Prozent festzuhalten. Linke und Bürgerliche wollen insofern mehrheitlich dasselbe, indem sie das attraktive Leistungsangebot in dieser Stadt erhalten und weiter pflegen möchten. Der Stadtrat will das selbstverständlich auch. Voraussetzung dazu ist die Erhaltung des guten Steuersubstrats in dieser Stadt. Dazu tragen die Unternehmen wesentlich bei. Die Besuche, welche Stadtrat Karl Kobelt zusammen mit dem Finanzsekretär bei den besten Steuerzahlenden unter den juristischen Personen in den letzten Monaten abgestattet hat, zeigen überdeutlich: Es gibt zwar Unternehmen, die nicht allzu sensibel auf Steuererhöhungen reagieren - jene nämlich, die neben dem Gewerbe aus historischen Gründen in der Stadt Zug angesiedelt sind. Es gibt indes auch einige juristische Personen unter ihnen, die vergleichsweise wenig Leute in der Stadt Zug beschäftigen, daher hoch mobil sind und ernstlich erwägen, bei Steuerfussbewegungen aus der Stadt Zug wegzuziehen. Wenn nur eine Firma oder zwei unter ihnen diesen Schritt vollziehen würden, verlöre die Stadt Zug bereits im nächsten Jahr an Steuersubstrat in der siebenstelligen Höhe, Das kann niemand in dieser Stadt ernstlich wollen. An dieser Stelle dankt Stadtrat Karl Kobelt seiner Kollegin und seinen Kollegen im Stadtrat. Die Zusammenarbeit ist gut - sie war gut im Budgetprozess und ist es darüber hinaus. Danken möchte Stadtrat Karl Kobelt auch Finanzsekretär Andreas Rupp für die fachkundige

Tätigkeit, namentlich auch im Budgetprozess, den Leuten in der Buchhaltung, den Mitarbeitenden im Finanzdepartement und in der gesamten Stadtverwaltung. Sie bilden eine gute Truppe, die sich täglich mit Professionalität und Engagement in den Dienst des Allgemeinwesens stellt. Falls der GGR punktuell in den unterbreiteten Voranschlag des Stadtrats kürzend eingreift, plädiert Stadtrat Karl Kobelt für Zurückhaltung und Augenmass. Es geht darum, das Leistungs-niveau auf dem aktuellen Stand zu halten. Stabilität ist gefragt, vielleicht auch ein Signal der Einigkeit in diesem Rat. Leistungen wie die Steuerbelastung sind in dieser Stadt attraktiv. Zu beiden ist Sorge zu tragen. Schliesslich geht es um das Gesamtwohl dieser Stadt, das allen am Herzen liegt.

Philip C. Brunner, Präsident GPK: Wenn der Stadtrat aufrüstet, dann muss die GPK mithalten. Philip C. Brunner erläutert daher den Bericht und Antrag der GPK ebenfalls als Powerpoint-Präsentation, bestehend aus zwei Teilen. Philip C. Brunner möchte sein Votum mit einem Dank beginnen. Der Stadtrat hat einige Folien zur allgemeinen Lage der städtischen Finanzen aufgezeigt, zum Budget, zum Finanzplan wie auch zur Gesamtvorlage 2280. Vor einem Jahr sass Stadtrat Karl Kobelt auch schon da, jedoch hat er sich in der Budgetdebatte nicht zu Wort gemeldet. Seine Worte heute haben gezeigt, dass er sich tief hinein gekniet hat. Er hat mit seinen Mitarbeitenden massgeblichen Anteil daran, wo die Stadt Zug heute steht. Der Dank geht über Stadtrat Karl Kobelt hinaus zu seinen Mitarbeitern. Philip C. Brunner verweist hierzu auf Seite 27 des Kommissionsberichtes, Ziff. 3.8, Schlusswort und Dank. Die Anträge der GPK wurden einstimmig gefällt. Philip C. Brunner hat auf Seite 5 des Berichtes versucht, etwas von dem, was Stadtrat Karl Kobelt soeben gesagt hat, darzulegen, z.B. Ausgangslage, Chronik zurück, Sparsbemühungen usw. 2011 wurde noch nicht gespart, ab 2012, 2013 und nun 2014 in dritter Runde umso stärker. Die GPK schlägt dem Grossen Gemeinderat für das Jahr 2014 vor, den vom Stadtrat eingeschlagenen pragmatischen Weg weiter zu gehen, um eine Gesundung der Stadtfinanzen zu erreichen. Um diese steht es in der Tat nicht so gut, selbst wenn man die Steuerausgleichsreserve immer wieder zu Hilfe nimmt, so wie das in diesem Jahr budgetiert wurde. Es war aber zu erfahren, dass möglicherweise nicht die ganzen CHF 5 Mio. beansprucht werden. Wo steht die Stadt Zug im Vergleich zu anderen Städten? St. Gallen weist eine pro Kopf-Verschuldung von CHF -70.--, Zürich CHF -614.-- aus. Zug steht bei CHF - 181.--, ist also im vorderen Teil mit dabei. Das budgetierte Defizit beträgt CHF 4,749 Mio., was umgerechnet auf die Einwohnerzahl diese CHF 181.-- ergibt. Die Solidaritätsabgaben von ZFA und NFA liegen für die Stadt Zug bei CHF 65'686'000.--. Das sind pro Tag CHF 182'460.-- oder pro Kopf CHF 2'410.--. Im Gesamten werden innerhalb des Kantons Zug mit dem ZFA CHF 90 Mio. umverteilt. Mehr als die Hälfte davon trägt also die Stadt Zug. Das ist erstaunlich, wenn die Einwohnerzahlen der einzelnen Gemeinden sowie die viel gepriesene Entwicklung in Ennetsee beachtet wird. Jede Ennetsee-Gemeinde ist rot (Nehmerge-meinde), Risch-Rotkreuz am allermeisten. Es fliesst also einiges Geld über die Lorze hinweg. Die beiden grössten Zahler unterscheiden sich massiv: Die Stadt Zug mit 27'000 Einwohnern, einem Steuerfuss von 60 %, Fiskalertrag budgetiert für 2014 CHF 189,9 Mio., gegenüber der Gemeinde Baar mit einem Steuerfuss von 56 % und einem Fiskalertrag im Budget 2014 von CHF 83 Mio. Das sind über CHF 100 Mio. Differenz zwischen Zug und Baar. Dieses Jahr geht Baar von geschätzten Steuereinnahmen von CHF 96 Mio. aus, budgetiert werden aber CHF 83 Mio. für 2014. Beim ZFA und NFA nimmt sich Baar aber stark zurück und bringt nicht einmal CHF 10 Mio. auf die Kante, ein Bruchteil der Stadt Zug.

Heute hat Stadtrat Karl Kobelt über die Reduktion der Anteilzahlungen von CHF 2,5 Mio., die der Kanton der Stadt offeriert, informiert. Das führt zu einer Entlastung von CHF 5 – 6 Mio., also knapp 10 % der heutigen Summe. Die positive Nachricht aus dem Stadthaus war zu hören, dass der Verlust dieses Jahr offenbar nicht ganz so hoch ist wie erwartet, ungefähr CHF 4 Mio. aufgrund der speziellen Grundstückgewinnsteuern. Die Nettoinvestitionen liegen dieses Jahr bei ca. CHF 30 Mio. Das sollte ohne weitere Schulden machbar sein. Als Vergleich dazu sei erwähnt, dass 2012 knapp CHF 100 Mio. investiert wurden. Davon waren es ohne das L&G-Gebäude immer noch CHF 50 Mio. Der Stadtrat verspricht, dass er weiter sparen will. Das ist gut.

So, das ist jetzt das Ende des ersten Teils. Philip C. Brunner taucht nun mit dem zweiten Teil der Präsentation in eine andere Welt ein, in eine Märliwelt der Kinder. Er hat daher absichtlich den Button des MärliSonntag angesteckt. Das politische Märli wäre, wenn die Einwohner und die Politik den Kreis schliessen würden, alle Mitarbeitenden der Stadt schrittweise für dieses Projekt gewonnen werden können, gemeinsam Prioritäten und Schwerpunkte bei den Investitionen gesetzt werden, dort wo es sinnvoll und nötig ist, und konstruktiv die sinnvolle Zentralisierung der Verwaltung vorangetrieben werden kann, um so massiv Kosten zu sparen. Es braucht letztlich eine neue städtische Vision. Es geht nicht mehr so sehr um Links und Rechts. Das war gestern. Heute wäre eher gemeinsames Handeln gefragt. Es geht heute mehr um Stadt und Land und um enorme städtische Lasten und Abgaben. Zwischen 2008 und 2014 wurden mehr als CHF 0,5 Mia. in diese diversen Töpfe in Bern und in Zug einbezahlt. Man verzahne die politischen Akteure für diese schöne Stadt und gerade auch für den Teil der Stadt, die es auch braucht, nämlich für die Altstadt. Zusammen mit den Kantonsräten wird eine gemeinsame Position erreicht. Das wäre, was notwendig ist. Allerdings gehen hier die Meinungen etwas auseinander. Stadtpräsident Dolfi Müller hat gesagt, es gehe um den fetten Spatz in der Hand - vielleicht ist es am Schluss auch nur ein magerer Spatz. Oder geht es um die Taube auf dem Dach, die unerreichbar bleibt? Oder sollte man sich nicht eher zu listigen Krähen umformieren und ja aber sagen? Sicher geht es nicht mehr um eine Vogel-Strauss-Politik und schon gar nicht, darum, den Kopf in den Sand zu stecken.

Martin Kühn verzichtet bewusst auf eine grosse Powerpoint-Präsentation, auch darauf, die einzelnen Rahmenbedingungen des Budgets 2014 wie stagnierende oder sinkende Steuereinnahmen durch die Steuergesetzrevision oder die unglaubliche NFA/ZFA-Belastung im Detail zu erwähnen. Das ist allen bewusst. Erneut budgetiert die Stadt Zug ein Minus, fürs Jahr 2014 von knapp CHF 5 Mio. Trotz den schlechten Ergebnissen will die Stadt bei den Investitionen weiterhin mit der grossen Kelle anrühren, geht sie doch von Investitionen in der Höhe von brutto CHF 50 Mio. aus. Netto, das heisst nach Abzug von Verkäufen von Liegenschaften in der Altstadt und sonstigem Tafelsilber, sind es noch CHF 35.7 Mio. Die Stadt Zug lebt über ihren Verhältnissen. Ein Minus von ein paar Millionen erschüttert die Eigenkapitalsituation dieser Stadt nicht gross. Klar, es ist äusserst unschön und es gilt, negative Abschlüsse mit aller Entschlossenheit zu vermeiden. Wo die Stadt Zug aber wirklich ein Problem hat, ist bei der Verschuldung. Auf Tabelle 8 auf Seite 21 ist ersichtlich, dass in den nächsten Jahren mit Bruttoinvestitionen in der Höhe von CHF 50 Mio. gerechnet wird. Klar, es wurden auch Einnahmen aus dem Verkauf von Altstadtliegenschaften und sonstigem Tafelsilber miteinberechnet. Wobei Martin Kühn hier eher vorsichtig ist, denn ob die Stadt wirklich einen namhaften Mittelzufluss aus dem Verkauf dieses Tafelsilbers erhält, steht für ihn noch in den Sternen. Martin Kühn fragt sich, ob die Verkäufe

z.B. der Altstadtliegenschaften dann wirklich mehrheitsfähig sind in diesem Parlament? Wer weiss, auf alle Fälle bleiben die Investitionen hoch, zwischen CHF 35 und CHF 50 Mio. pro Jahr. Doch wie können diese Investitionen finanziert werden? Gemäss Budget 2014 bringt es die Stadt Zug gerade mal auf Finanzierungsbeiträge, also auf einen Mittelzufluss, von CHF 18,9 Mio. Das heisst, dass der Finanzchef für das Jahr 2014 CHF 18,9 Mio. zur Verfügung hat, um erstens Investitionen zu tätigen und zweitens die bereits bestehenden Bankschulden zurückzuzahlen. Man muss kein Finanzgenie sein, um zu erkennen, dass genau diese Rechnung nun nicht aufgeht. Auch nächstes Jahr muss man wieder zur Bank rennen, um weitere Kredite aufzunehmen, und die Verschuldung der Stadt Zug wird weiter steigen. Als diese Legislatur begann, hatte die Stadt Zug eine sehr tiefe Verschuldung. Nun sitzt sie bereits auf einem Schuldenberg von aktuell CHF 125 Mio. Das wären dann ca. CHF 800'000.-- Aufnahme von Fremdkapital pro Woche. Das bedeutet, dass die Stadt Zug bezogen auf die Investitionen völlig über ihren Verhältnissen gelebt hat. Schulden machen, das ist nicht schwierig. Jede Bank gibt gerne Kredite an eine Gemeinde. Das Problem beginnt erst dann, wenn die Schulden zurückbezahlt werden müssen. Die Stadt Zug hat auf Jahre hinaus hohe Investitionen und kann sie daher kaum selber finanzieren. Daher muss damit gerechnet werden, dass auf Jahre hinaus kein einziger Rappen der Bankkredite zurückbezahlt werden kann. Die Stadt Zug schiebt somit einen gewaltigen und weiter anwachsenden Schuldenberg vor sich hin und übergibt ihn dann der nächsten Generation. Und Martin Kühn kann versprechen, die wird gar keine Freude haben und sich die Augen reiben und denken: was haben ihre Vorgänger damals gemacht, wieso haben sie über ihren Verhältnissen gelebt und sind dermassen unsorgfältig mit den öffentlichen Geldern umgegangen? Erst wenn der Finanzierungsbeitrag aus der laufenden Rechnung höher als die Nettoinvestitionen ist, können mit diesem Geld Bankkredite zurückbezahlt werden. Und sei man mal ehrlich: dies wird auf lange Zeit nicht möglich sein. Daher muss das Kredo heissen: sorgfältig, sehr sorgfältig investieren, das Wichtige und Nötige vom Unnötigen resp. Luxus trennen. Martin Kühn möchte aber noch betonen, dass die FDP-Fraktion die Sparbemühungen des Stadtrates positiv zur Kenntnis genommen hat und sehr unterstützt. Martin Kühn möchte an dieser Stelle dem Stadtrat dafür ein Kompliment aussprechen, es wurde schon einiges gespart in diesem Jahr, und das ist gut so. Wenigstens scheint nun auch die grosse Mehrheit des Gemeinderates begriffen zu haben, dass die Finanzlage der Stadt Zug schlecht ist. Dies war vor einem Jahr noch nicht der Fall. Es hilft auch bei den Verhandlungen um den ZFA. Doch solange sich die Stadt Zug noch Aussichtsplattformen im Uptown oder Parktower leistet, eine überdurchschnittliche Schülerzahl pro Klasse hat, ein teures Quartierschulhausprinzip oder ein Schulhaus für CHF 50 Mio. projiziert, solange ist es schwierig, in den anderen Gemeinden Sympathisanten zu finden, den ZFA zu Gunsten der Stadt Zug zu ändern. Sparen ist nicht angenehm, aber da muss man halt durch. Martin Kühn ersucht alle hier im Parlament, die Sparbemühungen zu unterstützen und nicht - sobald es ein bisschen weh tut - mit dem Sparen aufzuhören und einzuknicken. Die, die wirklich sparen wollen und nicht zusehen wollen, wie die Finanzlage der Stadt sich weiter verschlechtert, müssen konsequent bleiben und nicht beim ersten Gegenwind einknicken und alle Sparvorsätze vergessen. Zu den via Presse vernommenen Forderungen nach einer Steuersatzerhöhung muss Martin Kühn im Namen der FDP-Fraktion nicht mehr sagen als dass eine Steuersatzerhöhung für die FDP-Fraktion tabu ist. Jetzt noch zu den konkreten Anträgen zum Budget 2014. Die FDP-Fraktion hat zusammen mit der CVP und der SVP einen gemeinsamen Kürzungsantrag erstellt, den die CVP anschliessend im Namen der bürgerlichen Fraktionen vorstellen wird. Dieser gemeinsame Antrag wird von der

FDP-Fraktion einstimmig unterstützt. Erneut hat sich die bürgerliche Zusammenarbeit bewährt. An dieser Stelle auch besten Dank an die beiden Fraktionschefs Hugo Halter und Manfred Pircher und ihre Fraktionen. Martin Kühn bittet auch die übrigen Mitglieder des Grossen Gemeinderates, diese Anträge zu unterstützen. Abschliessend noch ein Dank an Stadtrat Karl Kobelt und sein Team für die schlüssige und übersichtliche Aufbereitung des Budget 2014.

Barbara Stäheli: Das Budget für das Jahr 2010 war das letzte, welches mit einem positiven Rechnungsergebnis kalkuliert war. Der Abschluss der Jahresrechnung 2010 wies dazumal ein negatives Ergebnis von CHF 4,7 Mio. aus. Mitunter auch, weil der Rat in der Budgetdebatte den Steuerfuss von 63 % auf 60 % senkte. Und seither schreibt die Stadt rote Zahlen. Die Gründe dafür kennen alle: Weniger Steuererträge wegen der Finanzkrise, verschiedene Steuergesetzrevisio-
nen, die schon erwähnte Senkung des Steuerfusses und die hohen Ausgaben für den NFA/ZFA. Der Überbegriff dazu heisst: „Strukturelles Defizit“. Würde in der Stadt Zug auch ein Wort des Jahres gewählt, hiesse es nicht „Stellwerkstörung“, sondern „strukturelles Defizit“. Tatsache ist: die Zahlungen für den NFA/ZFA setzen der Stadt schwer zu. Bei all dem Wehklagen über die hohen Ausgaben gehen die positiven Auswirkungen und der höchst demokratische Hintergrund dieser Zahlungen verloren. Mit der Einführung des ZFA ab dem Jahre 2008 konnten alle Nehmergemeinden aus einer Schuld je Einwohnerin ein Vermögen je Einwohnerin realisieren. Man stelle sich einmal vor, es gäbe diese Neuregelung des ZFA nicht. Die Stadt Zug hätte jährlich rund CHF 50 Mio. für sich behalten können. Sie würde buchstäblich im Geld schwimmen. Jede Einwohnerin und natürlich auch jeder Einwohner bekäme beispielsweise den Buspass geschenkt, alle Strassen würden mit einem Chromstahlband versehen, die Weihnachtsbeleuchtung würde auf das ganze Stadtgebiet ausgedehnt und der Steuerfuss müsste immer weiter gesenkt werden. Dies würde mehr Firmen und vermögende Privatpersonen anziehen und die anderen Gemeinden hätten das Nachsehen. Mit dieser kleinen Phantasiereise ging es darum, die Notwendigkeit des ZFA/NFA zu postulieren, von welchem die SP im Grundsatz zutiefst überzeugt ist. Einer Korrektur der Berechnungsgrundlage stimmt auch die SP zu und unterstützt den Stadtrat und die Zuger Kantonsräte, beim Kanton eine Entlastung beim ZFA und NFA zu erwirken. Die laufende Rechnung im Budget 2014 rechnet mit einem Defizit von CHF 4,8 Mio. Einem strukturellen Defizit, wie alle wissen. Die Verwaltung und der Stadtrat haben ihre Hausaufgaben gemacht. Das Budget durchlief mehrere interne Sparrunden in der Verwaltung und der Stadtrat hat dem GGR eine Spar- und Verzichtsplanung unterbreitet. Barbara Stäheli wertet es als Würdigung der Bemühungen, dass in der ganztägigen GPK-Sitzung unwesentliche Änderungsanträge zum Budget 2014 eingegangen sind und dieses ohne Gegenstimmer genehmigt wurde. Ohne Leistungsabbau kann nun nicht mehr gespart werden. Eine Seite des Dreiecks „Gesunde Gemeindefinanzen – attraktive Steuerbelastung – gutes Leistungsangebot“ würde sonst aus dem Lot geraten. Die SP-Fraktion stimmt dem vorgeschlagenen Budget einstimmig zu und appelliert - anscheinend aber zu spät - an die weiteren Ratskolleginnen und -kollegen, in der Debatte auf Kürzungsanträge zu verzichten. Einem Leistungsabbau wird die SP-Fraktion nicht zustimmen.

Stefan Hodel: Ja, das Thema Sparen scheint, nach den diversen Voten, noch immer top aktuell. Stefan Hodel geht mit dem guten Beispiel voran und wiederholt nicht, was allseits bekannt ist, was Stadtrat Karl Kobelt bereits in seiner sehr guten Präsentation vorgestellt hat, spart als bereits etwas Zeit und einige Worte. Er möchte sich jedoch zur Personalplanung äussern: Aufgrund

der verschiedenen Grafiken auf den Seiten 5, 6 und 17 des Budgets ist ersichtlich, dass zwischen 2012 und 2017 15 % mehr Schüler mit nur 7 % mehr Personal betreut und begleitet werden sollen. Stefan Hodel fragt sich, ob es gelingen wird, ohne Nachteil für die Schulkinder, mit der Anpassung der Klassengrössen nach oben, dies so umzusetzen. Im Bereich Verwaltung will man gar die Dienstleistungen für 2000 zusätzliche Bewohner (8 %) erbringen, ohne die Zahl der Angestellten zu erhöhen. Da ist in den Augen der Fraktion Alternative-CSP etwas viel Wunschdenken dabei. Es liegt ein Budget vor, welches von der GPK mit Argusaugen durchforstet wurde. Von einem Gremium, in welchem die bürgerlichen Parteien in der Mehrheit sind. Die Fraktion Alternative-CSP hat grosse Bedenken, wenn nun von bürgerlicher Seite weitere Sparanträge kommen werden, wie dies in der Neuen Zuger Zeitung und hier in den ersten Voten angekündigt wurde. Die Fraktion Alternative-CSP wird den Verdacht nicht los, dass es bei den Sparanträgen um nichts anderes geht als darum, dem Stadtrat im Wahljahr das Leben schwer zu machen. Der GGR befiehlt dem Stadtrat zu sparen. Umsetzen muss es der Stadtrat. Er wird durch weitere Kürzungen gezwungen werden, Ausgaben zu streichen die weh tun werden und ist dann in den Augen der Wähler der Böse. Werden wohl die Fraktionen von CVP, FDP und SVP heute vor allem bei den Departementen den Rotstift ansetzen, in welchem die Vertreter der CSP und der SP das Sagen haben? Perfekt, so geht die Rechnung für die Jünger von BS14 auf! Die Fraktion Alternative-CSP gibt Gegensteuer: Wie schon in der Debatte zur Finanzstrategie in diesem Jahr angekündigt, ist es nun ganz klar Zeit für eine Anpassung des Steuersatzes zur Kompensation der Mindereinnahmen in der Folge der völlig übertriebenen kantonalen Steuergesetzrevisionen, die die Stadt Zug gegen CHF 25 Mio. im nächsten Jahr kosten. Die Fraktion Alternative-CSP wird deshalb gegen Schluss der Debatte eine Erhöhung des Steuerfusses um bescheidene 2 % fordern. Dies genügt bereits, damit die Stadt Zug statt ein Defizit, einen bescheidenen Überschuss budgetieren kann. Zug hat einen äusserst attraktiven Steuerfuss, nach einer leichten Korrektur wandert niemand weg, und sollte doch jemand den Koffer packen und seine Zelte z.B. in Singapur aufschlagen, wie das von einzelnen Ratsmitgliedern befürchtet wird, so lässt Stefan Hodel diesen gerne ziehen und direkt unter dem Äquator im feuchtheissen Klima wehmütig an den schönen Zugersee denken. Stefan Hodel appelliert, doch etwas selbstbewusster zu sein. Laut Bericht in der neuen Zuger Zeitung von vergangener Woche gibt es in der Schweiz keine einzige Gemeinde vergleichbarer Grösse, in welcher so viel steuerbares Einkommen vorhanden ist. Die Stadt Zug hat Platz 4. Der Stimmbürger ist doch nicht dumm und hat längst gemerkt, dass die Rechnung nicht aufgehen kann: Jahr für Jahr weniger Steuern zu zahlen bei einem sehr guten und in den letzten Jahren noch ausgebauten Angebot, da geht die Rechnung nicht auf. Das sehr gute Angebot, zum Beispiel bei der familienexternen Kinderbetreuung, darf doch einige Steuerprozent wert sein!

Othmar Keiser: Das Finanzdepartement hat sehr gute Arbeit geleistet - 95 Seiten. Es ist schwierig, hier in kurzer Zeit das zu sagen, was nicht schon gesagt wurde oder was wirklich essenziell ist. Dem Vorsteher Karl Kobelt - gut 12 Monate im Amt - und auch dem omnipräsenten und überaus kompetenten Sekretär Andreas Rupp sei hier für ihre geleistete Arbeit zur Umsetzung der letztjährigen Budgetkürzungen gedankt, für alle internen Vorleistungen und Dokumentationen, die Planung der Spar- und Verzichtsmassnahmen sowie die frühe Lancierung des Budgetprozesses. Es scheint, als hätte der Stadtrat sämtliche Signale aus den jährlichen Budgetdebatten aufgenommen und finalmente intern durchgesetzt. Das Budget 2014 und der Finanzplan zeigen in mehre-

ren Hauptpunkten erste wichtige Errungenschaften oder teilweise weitere wichtige Errungenschaften: Die bisher langfristig eingeleiteten Sparmassnahmen, ja auch die Globalbudgets waren wichtig und richtig. Die Massnahmen vom Herbst 2013 wirken sich sofort aus und werden das Leistungsangebot in Zug nicht schmälern, allerdings, so zeigen die einzelnen Departementsaufstellungen, werden die Sparanstrengungen noch sehr unterschiedlich angegangen und intern umgesetzt. Die Personalplafonierung andererseits ist machbar und sendet intern ein wichtiges Signal. Leider fällt aber die Eigenkapitalquote trotzdem unter 60 % aus. Zug muss sich nicht nur in der Einhaltung der gesetzlichen Norm von 50 % orientieren, weil eben der bisherige Eigenkapitalquotient viel höher lag. Wichtig ist auch und wird positiv gewertet, dass der Stadtrat längerfristig mit einem unveränderten Steuerfuss von 60 % plant. Wenn Stefan Hodel sagt, dass auf Basis des Steuersubstrats die Stadt Zug schon Platz 4 einnimmt, die Fraktion Alternative-CSP aber trotzdem noch die Steuern erhöhen will, dann würde die Stadt Zug beim Steuersubstrat noch zulegen und wäre plötzlich in den top drei. Aber reichen diese Anstrengungen wirklich? Reichen eine effiziente und schlanke Verwaltung? Reichen die Anstrengungen im Vergleich zu anderen Gemeinden? Reichen die Sparmassnahmen für ein Auffangen eines konjunkturellen Abschwungs? Sparanstrengungen erachtet die CVP-Fraktion nach wie vor als möglich und nötig, denn zu lange wurde mitunter gestützt vom Stadtpräsidenten als potemkinsches Dorf bezeichnet, das sind herausgeputzte Fassaden, nichts dahinter, die Zitrone ist ausgepresst etc. Als Potemkin'sches Dorf wird etwas bezeichnet, das fein herausgeputzt wird, um den tatsächlichen, verheerenden Zustand zu verbergen. Oberflächlich wirkt es ausgearbeitet und beeindruckend, es fehlt ihm aber an Substanz. Zur Die Sicht und Haltung der CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion hat ihre Analyse sehr detailliert in allen Departementen und nach Kostenarten angesetzt, dies in der Absicht, kein Globalbudget zu fordern oder zu unterstützen. Ihr ist der sorgsame Umgang mit Steuergeldern wichtig, auch ist es legitim, die Exekutive zu kontrollieren und zu begleiten. Es ist die Aufgabe des Parlaments! Alan Greenspan sagt dazu: Kein Gesetz soll das Budget oder die Schuldenobergrenze regeln, dazu ist der Kongress da. Das macht der GGR heute. Er berät und verabschiedet den Finanzplan, das 10-jährige Investitionsprogramm und das nächstjährige Budget. Es sollten heute wieder CHF 4,8 Mio. Defizit verabschiedet werden. Schon wieder ...Das grosse Loch entstammt der kantonsinternen Umverteilung durch den ZFA. Die Zuger Finanz- und Aufgabenreform hält Zug zurück, er reduziert die Ausstrahlung des Kantonshauptortes und dies während andere Gemeinden Vermögen aufbauen, viele und teure Investitionen tätigen oder sogar Steuern senken. Das ist etwas des Guten zu viel. Hier spricht auch der Artikel der Neuen Zuger Zeitung vom 30. November Bände: Die Mutter hat zu viele Ferkel, CHF 51 Mio. Umverteilung innerhalb des Kantons während dem X Gemeinden über CHF 10 Mio. Vermögen aufbauen. Grosso modo gingen in den letzten fünf Jahren CHF 130 Mio. verloren. Das entspricht CHF 1'000.-- pro Einwohner pro Jahr. Hier setzt die CVP-Fraktion auf die Stadtzuger Exekutive, auf alle Kantonsräte sowie auch die Solidarität und Einsicht der Mitglieder der Gemeindepräsidenten- und Finanzvorsteherkonferenz, diesem Ansinnen zu entsprechen. Das Fazit des ZFA sollte eigentlich sein, dass die Gesamtsumme der Umlagerung abnehmen müsste. Es wird zu viel umgelagert, auch wenn der Grundsatz natürlich auch richtig ist. In der GPK wurde die Vorlage sehr human diskutiert, mitunter wegen diesem übergeordneten Anliegen. Auf der Basis der fraktionsinternen Vorbereitung auf die heutige Sitzung werden individuelle Anträge auf Basis Abteilungslevel gestellt werden, auf spezifische Kostenarten oder auf einzelne Kostenstellen - im Umfang von zirka CHF 500'000.--. Diese werden nachher von Hugo Halter gemeinsam vorge-

bracht. Die CVP-Fraktion erachtet diese Kürzungen als weitsichtig und legitim. In Bezug auf das strukturelle Defizite zeugt dieser Ansatz von einem sorgsamem Umgang mit den vorhandenen Mitteln. Die CVP-Fraktion unterstützt ferner die beiden Anträge der GPK. Die CVP-Fraktion ermöglicht und erlaubt Zug, der Exekutive und der Verwaltung die Fortführung des magischen Dreiecks von: gesunden Finanzen gekoppelt mit einem hochstehenden Leistungsangebot und einer attraktiven Steuerbelastung. Dies die Eckpfeiler der finanzpolitischen Führung! Othmar Keiser ersucht seine Ratskolleginnen und -kollegen, die Anträge mit Weitsicht zu beurteilen, die städtische Standortattraktivität im Auge zu behalten und ein wichtiges Zeichen gegenüber anderen Gemeinden zu senden!

Philip C. Brunner: Die SVP-Fraktion war in der Tat etwas erstaunt ob den Anträgen der GPK und hat an ihrer Sitzung grosse Sparpakete geschnürt. Nun ist man zwei Tage weiter. Die SVP-Fraktion wird alle Anträge der anderen bürgerlichen Fraktionen stützen und behält sich vor, weitere Anträge noch zu stellen. Die SVP-Fraktion ist froh, dass ihre Erfindungen von anderen aufgenommen werden und hier in Anträgen einen Wiederhall finden. Die SVP-Fraktion dankt den Mitarbeitenden der Verwaltung für ihre Arbeit, insbesondere Andreas Rupp und seinem Team. Die SVP-Fraktion hat sich auch die Diskussion einer Steuersenkung überlegt, verzichtet aber zugunsten der gefundenen bürgerlichen Allianz. Grund für die diskutierte Steuererhöhung war, dass in anderen Gemeinden mit tieferen Steuersätzen noch weitere Senkungen diskutiert werden. Die SVP-Fraktion unterstützt somit die Anträge der GPK sowie diejenigen der bürgerlichen Fraktionen, welche nachher von Hugo Halter noch präsentiert werden. Die Stadt Zug ist vom Volumen her nicht auf Platz 4, sondern auf Platz 1. Als Vergleich wurden kleine Gemeinden mit hohem Steuersubstrat und wenigen Einwohnern genommen. Das ergibt einen hohen Pro-Kopf-Betrag. Da ist Zug in der Tat auf Platz 4. Wenn aber das Volumen genommen wird, zeigt sich, dass in etwa ein Steuersubstrat von CHF 650 Mio. aus dieser Stadt nach Bern wandert. Wenn dieser Betrag in ein Verhältnis zu den gesamten Einnahmen der Eidgenossenschaft gesetzt wird, stammt jeder 14. Franken aus dieser Stadt Zug. Das sind 7,27 %. Diese Umverteilung erfolgt nicht nur im NFA/ZFA, sondern noch an verschiedenen anderen Orten. Das ist auch das Problem. Die Frage, die Philip C. Brunner im Märli aufgeworfen hat, ist die Frage, wie viel es braucht. Die SVP-Fraktion ist hier tendenziell eher kritisch mit dem Stadtrat und findet ihn viel zu devot, möglicherweise einen Kompromiss in der Höhe von CHF 6,5 Mio. beim NFA/ZFA einzugehen. Man dürfte härter auftreten. Wenn die Stadt Zug alle die Schulhäuser und all die Projekte braucht, die hier langsam auf Eis gelegt werden, muss von einer Summe von CHF 20 Mio. gesprochen werden. Dann könnte auch Zug entsprechend nachhaltig investieren.

Michèle Kottelat: Die Grünliberalen verlangen Nachhaltigkeit auch bei den Finanzen. Um das defizitäre Budget der Stadt Zug wieder ins Lot zu bringen gibt es verschiedene Möglichkeiten: Hier im Rat werden zwei Varianten gefordert: Entweder mit dem Rasenmäher die Ausgaben reduzieren oder zum Steckenpferd der Linken greifen und die Steuern erhöhen. Es gibt aber noch einen dritten Weg, den die glp favorisiert: den ZFA mit einem Lastenausgleich verbinden. Die Stadt Zug ist die Hauptstadt des kleinen, feinen Kantons. Als Hauptstadt trägt sie zahlreiche Lasten, besonders im Kultur- und Sport- aber auch im Sozialbereich, die sogenannten Zentrums-lasten. Zentrumslasten werden in der Schweiz landesweit fair abgegolten. Nur im Kanton Zug scheint tabu zu sein, was sich in der ganzen Schweiz bewährt. Das kann nicht mehr so hingen-

nommen werden. Die Zentrumslasten der Stadt Zug müssen künftig auch im Kanton Zug in einem Lastenausgleich berücksichtigt werden. Der Minideal zum ZFA, welcher der Stadt im besten Fall CHF 5 bis CHF 6 Mio. einbringen soll, reicht nicht. Er ist vielleicht sogar gefährlich und kontraproduktiv. Wenn die Stadt Zug diesen Minideal in der vorliegenden Form akzeptiert, könnte das Thema Lastenausgleich für lange Zeit vom Tisch sein. Lieber Stadtpräsident Dolfi Müller, jetzt ist Kampfbereitschaft gefragt, dezidiertes und starkes Auftreten. Die Stadt Zug ist keine Milchkuh. Auch die reiche Stadt Zug hat ein Recht, gerecht behandelt zu werden. Da muss Öffentlichkeit geschaffen werden, bis jede und jeder in diesem Kanton versteht, was Sache ist. Der ZFA ist das Eine, aber Hand aufs Herz: führt der GGR hier Grundsatzfragen zur Zukunft dieser Stadt oder erstickt er nicht vielmehr im Tagesgeschäft? Hätte man mehr Zeit, das Agieren kritisch zu hinterfragen, würde einem bewusst, dass die Stadt Zug ständig über ihren Verhältnissen lebt, auf Pump der nächsten Generationen nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch was Ressourcen- und Raumverschleiss anbelangt. Es ist noch nicht gelungen, die Anspruchshaltung zu ändern und in neue, andere Bahnen zu lenken. Immer noch bürdet man dem Staat ständig neue Aufgaben auf und zieht sich aus der Verantwortung. Zug hat zwar ja zur 2000 Watt Gesellschaft gesagt – Suffizienz, Entschleunigung und qualitatives Wachstum sind aber Fremdwörter geblieben. Auch im Sozialbereich darf der Staat nicht immer mehr anbieten und neue Aufgaben übernehmen, nur weil die Gesellschaft ihren Beitrag verweigert. Diese Verlagerung muss gestoppt werden, denn sie ist Gift für Eigeninitiativen. Aus grünliberaler Sicht soll der Staat vernetzen, vermitteln und im Notfall Hilfeleistungen bieten. Wir sind alle gefordert unsere Verantwortung in der Gesellschaft wieder zu übernehmen. Sozialhilfe sollte kein Dauerzustand sondern nur zur Überbrückung von Krisen notwendig sein. Es darf kein Tabu sein, da genauer hinzuschauen. Auch im Bildungsdepartement muss man sich Fragen gefallen lassen, ob der eingeschlagene Weg der richtige ist. Die künftigen Kostenexplosionen verheissen nichts Gutes. Die Grünliberalen sehen im Bildungsdepartement Sparpotentiale und werden deshalb im neuen Jahr mit konkreten Forderungen kommen. Jetzt in einer Kamikazeaktion beim Budget einzugreifen erscheint nicht opportun. Schon letztes Jahr haben die Grünliberalen verlangt, dass der Staat von einigen Verpflichtungen zu entbinden ist und hierfür Stellvertreter finden muss. In der Stadt Zug wohnen überdurchschnittlich viele begüterte Personen, welche vermehrt Verantwortung für kulturelle und sportliche Belange tragen könnten. Es darf ruhig auch in Zug zum guten Ton gehören, dass man sich als Sponsor und Mäzen engagiert. Die Grünliberalen wissen, dass Bestrebungen im Gange sind und hoffen, dass sie weitergeführt werden. Auch die Energiewende fordert mehr persönliches Engagement. Die glp wünscht weiterhin, dass die geplante Solaranlage auf Bröchli-Scheunendach von einer Genossenschaft gebaut wird und nicht die Stadt wie im Budget vorgesehen CHF 300'000.-- ausgeben muss. Der GGR muss in Zukunft bei allen Geschäften genauer auf die Kosten und Kostenfolgen schauen und mehr Kostendisziplin entwickeln auch wenn 2014 ein Wahljahr ist. Die Grünliberalen unterstützen die Anträge der GPK. Pauschalkürzungen lehnen sie ab, genauso dezidiert wehren sie sich gegen Steuererhöhungen.

Louis Bisig: Einen Tag brütet die Geschäftsprüfungskommission über dem Budget, prüft und findet sich. Schon legen sich Fraktionspräsidenten auf die Lauer, warnen am Samstag in der Zeitung und orten bereits eine weitere Million unnötig ausgegebener Gelder, die im SUS und im Bildungsdepartement gespart werden könnten. Man inszeniert sich zu gerne als harte Sanierer. Dabei werfen auch aufgestellte Leuchttürme für die kommenden Wahlen ihre Schatten auf Par-

lament, Stadtrat und Volk. Ähnlich wie in Winterthur wird der GGR heute zum Sparlament. Vor 3 Jahren, neu im Parlament, wurde Louis Bisig richtig bewusst, dass die Stadt Zug viel in den ZFA bezahlt. Beeindruckt folgte er den Ausführungen. Bis heute ist er überzeugt, die Stadt Zug bezahlt zu viel, auch im Hinblick auf die Zentrumslasten, welche die Hauptstadt trägt. Kurze Zeit später, in der gleichen Ratssitzung, folgte in Zug dennoch eine Steuersenkung. Dieser Logik kann Louis Bisig heute noch nicht folgen. Seines Erachtens braucht es dringend eine öffentliche Debatte darüber, welche Leistungen auf welchem Qualitätsniveau von der Stadt erwartet und bezahlt werden. Mit den heutigen finanziellen Möglichkeiten steht die Stadt Zug vor Entscheidungen, wie eine Hockeyhalle finanziert wird oder (und nicht) ein Schulhaus. Die Bevölkerung kann an dieser Budgetdebatte leider nicht mitentscheiden. Der GGR trägt hier für solche Entscheidungen die Verantwortung. Louis Bisig hofft fest, man findet sich in einem für das Gemeinwohl tragenden Sinne. Bei der nächsten „Budgetdebatte“ wird das Volk aber vorher entscheiden, mit wem es was und wie will. Es bleibt nur zu hoffen, dass anlässlich der Neuwahlen bei jedem der Politiker, ähnlich der Packungsbeilage von Medikamenten, Gefahren und Risiken der jeweiligen Vertreter aufgezeigt werden. Denn diese werden durch das Entscheidverhalten im Rat augenscheinlich z.B. bei Steuergeschenken für wen, Ausgabenkürzungen oder Gebührenerhöhungen bei wem. Für Louis Bisig ist der vorgegebene Budgetrahmen überzeugend, weil er umsichtiges Sparen zeigt. Die Geschäftsprüfungskommission hat gut, hinterfragend und sorgfältig prüfend gearbeitet. Louis Bisig will, dass der Stadtrat Handlungsfreiheit hat. Er führt, er verwaltet nicht nur. Die Stadt Zug muss ihm dafür auch Mittel zur Verfügung stellen. Die guten Leistungen des Staates sind so selbstverständlich geworden, dass der Wert erst erkannt wird, wenn man sie nicht mehr hat. Es verhält sich ähnlich wie das Spannungsfeld von Gesundheit und Krankheit. Erst die Krankheit zeigt, was man verloren hat. Weshalb brechen eigentlich die städtischen Steuereinnahmen weg? Was läuft hier aus dem Ruder? Am Steuersatz kann es ja nicht liegen. Was kommt hier noch auf die Stadt Zug zu? Und wo bleibt diese Debatte? Ist man gar auf einem Auge blind? Oder schlicht, das will man gar nicht sehen, denn es passt in keine populistische Erklärungsschablone, wie das Sparen eine ist. Louis Bisig hofft, dass die bürgerliche Allianz auch über die Gemeindegrenzen hinausgeht und die ganze Stadt Zug entlastet.

Detailberatung

Hugo Halter darf im Namen der drei bürgerlichen Fraktionen FDP, SVP und CVP deren Meinung zum Budget 2014 vertreten. Namentlich haben sich die Fraktionen FDP, SVP und CVP im Vorfeld und gestern in einer konstruktiven Sitzung, im Beisein von Stadtrat Karl Kobelt, Finanzsekretär Andreas Rupp, GPK-Präsident Philip C. Brunner sowie der FDP-Vertreterin Barbara Hotz und dem SVP-Fraktionschef Manfred Pircher nochmals zum Budget getroffen. Die drei bürgerlichen Fraktionen haben sich klar geeinigt, dass sie keiner Steuererhöhung zustimmen werden, bevor nicht andere Massnahmen ausgeschöpft sind. Sie sind überzeugt, dass die vielgenannte Zitrone noch nicht ausgepresst ist. Zudem wollen die bürgerlichen Fraktionen auch gegenüber den Bürgern Verantwortung übernehmen und ein klares Zeichen gegenüber den anderen Gemeinden und dem Kanton setzen. Aus diesem Grund werden die drei bürgerlichen Fraktionen die Anträge der GPK vollumfänglich unterstützen. Mit den nachfolgenden gemeinsamen 12 Kürzungsanträgen wollen sie zudem - zwar nur im Promillebereich - also nicht substantiell - reagieren, das Budget aber trotzdem um rund CHF 462'000.-- entlasten. Im Namen der drei bürgerlichen Fraktionen

dankt Hugo Halter für die Unterstützung deren Anträge und übergibt der Einfachheit halber die Liste der einzelnen Anträge dem Ratspräsidenten.

Monika Mathers muss als Mitglied der GPK feststellen, dass zum 3. Mal in Folge die bürgerlichen Fraktionen die GPK voll und gänzlich desavouieren. Diese Anträge sind auch ein Affront gegenüber dem Präsidenten, der diese GPK führt. Warum? Alle haben die Unterlagen für das Budget gleichzeitig erhalten. Jede Fraktion hätte ihren Mitgliedern der GPK Aufträge erteilen können, die dann diskutiert worden wären. Die Mehrheit der GPK ist übrigens bürgerlich. Jedes Mitglied der GPK erhält ein Departement zugeteilt, dem es sich über Jahre immer wieder widmet. Nur schon die Vorbereitung der Budgetsitzung braucht ca. 20 Stunden, da auch mit einzelnen Personen Gespräche geführt und Fragen gestellt werden. Dann kommt dieses Wissen in die GPK für einen ganzen Tag. Während einem ganzen Tag wird Posten für Posten diskutiert, immer auch zusammen mit dem betreffenden Departementschef sowie meistens noch einem oder zwei Mitarbeitenden dieses Departements. Das hat die GPK auch dieses Jahr gemacht. Wo waren dann die Anträge der bürgerlichen Fraktionen für Sparrunden? Die GPK hat sich am Schluss des Tages über ein gutes Verstehen ohne Streitigkeiten gefreut. Es ist eine hinterhältige Politik, wenn ein Gremium besteht, das etwas vorbereitet, dem keine Aufträge erteilt, ihm aber scheinbar auch das Vertrauen nicht gegeben wird, dass selber entschieden oder mitentschieden werden kann, wenn man nachher alles über den Haufen wirft. Für Monika Mathers gibt es in diesem Zusammenhang nur eine grosse Frage: Wenn das Vertrauen der bürgerlichen Fraktionen in die GPK so schlecht ist, dass ihre Arbeit Jahr für Jahr so desavouiert wird, dann soll sie doch die GPK gleich abschaffen. Dafür müsste jedoch das (kantonale) Gesetz geändert werden. Das wäre ehrlich. Alles andere ist eine „Hintenherum-Politik“. Es gibt dann keine Diskussion und man kann nicht Gespräche führen und auch keine Gegenargumente hören, sondern man sitzt zusammen und arbeitet im stillen Kämmerlein. Das ist nicht demokratisch.

Jürg Messmer erachtet es nicht als Aufgabe der Fraktionen, nach Erhalt des Budgets Ende Oktober dieses sofort durcharbeiten und Anträge für die GPK zuhanden derer ganztägigen Sitzung am 18. November 2013 bereits einzureichen. Die Fraktionen haben Zeit. Sonst könnte nämlich nach der ganztägigen GPK-Sitzung vom 18. November 2013 bereits die Budgetdebatte abgehalten werden. Es ist durchaus legitim, dass sich die Fraktionen Zeit nehmen, anschliessend ihre Anträge hier im Rat vorbringen und sie nicht zuerst in die GPK bringen müssen, um sich anzuhören, ob diese Anträge genehm sind oder nicht. Der GGR ist das Parlament. „Also bitte, seien wir doch etwas demokratisch.“ Es ist durchaus möglich, dass heute verschiedene Anträge kommen.

Hauptzahlen (S. 28)

Philip C Brunner, Präsident GPK: Der Finanzplan 2014 - 2017 geht bereits von einer Einigung betr. NFA/ZFA aus.

Institutionelle Gliederung (S. 30 - S35)

4. Baudepartement (S. 34)

Ratspräsident Stefan Moos: Die GPK beantragt, folgendes neues Ziel 4 einzufügen: Weiterführung des Projektes Stadttunnel im Zentrum plus. Ratspräsident Stefan Moos geht nun davon aus, dass die Ziele Wohnhaus Bröchli und Strassenerhaltungsmanagement eine Position zurückgestuft werden.

Philip C. Brunner, Präsident GPK: Die GPK hat den Stadttunnel als wichtiger erachtet als das Bröchli. Sie hat Vertrauen in das Baudepartement, weshalb das Ziel Wohnhaus Bröchli gestrichen werden kann. Das Departementsziel Stadttunnel wird daher anstelle des Ziels Bröchli aufgeführt.

Ratspräsident Stefan Moos verzichtet auf eine Abstimmung - falls der GGR damit einverstanden ist -, da der Stadtrat den Antrag der GPK übernimmt.

Laufende Rechnung nach institutioneller Gliederung

Präsidialdepartement (S. 36-41)

Monika Mathers zu KST 1250, Kommunikation, Konten 3102.10 und 3199.15. Die Mehrheit der GPK schlägt vor, auf diesen Konten CHF 40'000.-- zu streichen und damit das Stadtmagazin nur noch 2x pro Jahr erscheinen zu lassen. Monika Mathers spricht hier im Namen der Fraktion Alternative-CSP, welche in der GPK der Minderheit angehörte, und macht einen Blick zurück: Bis vor kurzem brachte die Stadt Zug das Zytlos für die ältere Bevölkerung und den Klick, das Schulblatt, heraus. Die GPK hat vor einigen Jahren richtig beschlossen, dass es besser und auch ökonomischer wäre, beide Hefte zusammenzulegen und ein neues Blatt mit Informationen aus allen Departementen zu kreieren. So entstand das Stadtmagazin mit vier geplanten Ausgaben pro Jahr. Doch bald wurde eine weggespart, und heute soll die zweite dem Rotstift zum Opfer fallen. Mit zwei Ausgaben im Jahr kann man aber kaum noch von einer Kommunikation der Stadt mit ihren Bewohnern sprechen. Natürlich stellt sich die Frage, ob eine solche Kommunikation im Zeitalter des Internets noch notwendig ist. Was sind die Unterschiede zwischen Informationen im Internet und in einem gedruckten Magazin? Ins Internet geht man, wenn man etwas will, mit einem gedruckten Magazin geht die Stadt im übertragenen Sinn zu ihren Bewohnern und macht sie auf Anlässe, Angebote und Veranstaltungen aufmerksam. Das ist eine aktive und einladende Geste von Zug an seine Bewohner. Schon aus diesem Grund ist die Fraktion Alternative/CSP überzeugt, dass das Stadtmagazin auch weiterhin dreimal herauskommen muss. Das Stadtmagazin sei ein Luxus, konnte man in Diskussionen immer wieder hören. Darum hat es Monika Mathers interessiert, ob und wie die anderen Gemeinden mit ihren Bewohnern kommunizieren. Ist es für sie auch nur eine Nebensache? Monika Mathers hat mit allen Gemeindeverwaltungen telefoniert. Hier ist das Resultat:

Unterägeri	Extraseite in Zuger Presse		12x pro Jahr
	"Schulheft"	32 Seiten	1 x pro Jahr
Oberägeri	"Oberägeri.ch"	6 Seiten	6 x pro Jahr

Menzingen	"Maenziger Zytig" Verein, Dorf zahlt Seiten	36 Seiten	6 x pro Jahr
Baar	Zuger Bieter (Lokalausgabe Zuger Presse) Rathauspost "Campus" Schulblatt	1 Seite Spezielseite für spezielle Projekte 36 Seiten	52 x pro Jahr nach Bedarf 2 x pro Jahr
Cham	"Gemeindeinfo"	16 Seiten	4 x pro Jahr
Hünenberg	"Einblick"	16 Seiten	4 x pro Jahr
Steinhausen	"aspekte"	36 Seiten	12 x pro Jahr
Risch	"Gemeindenachrichten" (Versch. Vereinsinfos)	6-18 Seiten	12 x pro Jahr
Walchwil	"Walchwil informiert"	6 Seiten	2-3 x pro Jahr
Neuheim	"Gemeindeinfo"	4 Seiten	12 x pro Jahr

Fazit: Jede Gemeinde leistet sich ihr eigenes Gemeindeblatt. Nur Walchwil bedient die Bewohner so wenig, wie die Stadt Zug es plant. Baar, grössenmässig am ehesten mit der Stadt vergleichbar, hat mit der eigenen Lokalzeitung ein Abkommen, dass die Gemeinde jede Woche Seiten einbringen kann, die sie selbst gestaltet. Zusätzlich erscheint 2x pro Jahr das Schulblatt, das in Grösse und Gestaltung etwa dem städtischen Stadtmagazin entspricht. Unterägeri, Steinhausen, Risch und Neuheim bedienen ihre Mitbewohner jeden Monat mit Informationen, also 12 x pro Jahr, die anderen Gemeinden 4-6 mal. Zug ist die grösste Gemeinde, d.h. Zug ist auch etwas anonym als die kleineren Orte. Darum findet die Fraktion Alternative-CSP es wichtig, dass die Stadt regelmässig mit den Einwohnern in Kontakt tritt. Die Fraktion Alternative-CSP stellt daher den Antrag, auf die Streichung von CHF 40'000.-- im Bereich Kommunikation zu verzichten.

Martin Eisenring bedankt sich für die sehr gute Arbeit von Monika Mathers, womit ersichtlich wird, was die anderen Gemeinden machen. Es ist sehr wichtig, dass der Stadtrat mit der Bevölkerung kommuniziert. Martin Eisenring hat die lokale Zeitung der Region Lenzerheide abonniert und liest sie mit grossem Vergnügen. Diese Zeitung gehört einer privaten Trägerschaft. Baar und Unterägeri haben eine ähnliche Regelung. Weshalb gibt die Stadt Zug diese Informationsaufgabe nicht auch in private Hände? So wäre eher gewährleistet, dass nicht der Finger der Verwaltung darüber liegt und es kann gegebenenfalls auch einmal schonungslos informiert werden, regelmässig vielleicht einmal pro Monat. Martin Eisenring liest jeweils die Zeitung in Lenzerheide mit grossem Vergnügen, enthält sie doch viele Hintergrundinformationen dieser Region. Es ist wichtig, dass die regionalen Journalisten und Zeitungen ihrer Informationsaufgabe wieder nachkommen können. Die Aufgabe des externen Journalismus wird gefährdet, wenn durch die Verwaltung selber eine Vielzahl von Informationsmedien bedient wird.

Philip C. Brunner, Präsident GPK, hat zwei Anträge zu vertreten. Die GPK hat mit 4:3 Stimmen dem Antrag für die Kürzung um CHF 40'000.-- zugestimmt. Das ist einer von 2 Sparanträgen der GPK.

Monika Mathers: Martin Eisenring hat etwas falsch interpretiert: Auch für die Zeitungen kaufen sich Baar und Unterägeri die Seiten ein. Redaktionell liegt auch hier in den Händen der Verwaltung.

Urs Bertschi: Das Stadtmagazin ist im weitesten Sinne service publique. Wenn sich jede Stadtzugerin oder jeder Stadtzuger zuerst ein Abonnement der Neuen Zuger Zeitung kaufen muss, damit er die Stadtinformationen erhält, ist das nicht im Sinne des Erfinders. Derart gut sind ja die redaktionellen Leistungen der Hauszeitungen nicht immer. Das Stadtmagazin hat eine gewisse Frische, auch wenn es aus der Verwaltung selber kommt. Ob hier unbedingt schonungslose Artikel im Sinne der Information gebraucht werden, möchte Urs Bertschi auch mal in Frage stellen.

Stadtpräsident Dolfi Müller. Der Stadtrat hat sich dem GPK-Antrag nicht widersetzt, er widersetzt sich aber auch nicht, wenn der Antrag von Monika Mathers durchkommt. Das entscheidet der GGR. Was bedeutet dieses Magazin? 1999 gab es beispielsweise in Deutschland 2'500 Kundenzeitschriften, 2010 sind es 15'000. Mit andern Worten: Für die positive Wahrnehmung und Glaubwürdigkeit einer Firma, Stadt oder Gemeinde ist ein solches Magazin eine unternehmerische Notwendigkeit und ein wichtiges Instrument zur Kundenbindung/Bürgerbindung. Da gilt es, Lebensgefühl zu vermitteln. Das Magazin wird zukünftig die thematische Ausrichtung weiterhin haben, wird aber zukünftig auch Stadtprojekte auf eingängige, interessante und süffige Art vermitteln. Hier wurde die Strategie etwas gewechselt, was sicher im Sinne des GGR ist. Dazu brauchen aber die Verantwortlichen auch die Chance und etwas Zeit. Die zugerische Bevölkerung schätzt dieses Magazin ausgesprochen. Auch Fachleute geben ihm eine sehr gute Note. Im Zusammenhang mit einem noch zu beantwortenden Postulat der SVP wird der Stadtrat diese Frage profund nochmals klären.

Abstimmung:

über den Antrag der GPK, bei KST 1250, Kommunikation, Konto 3102.10, Drucksachen, und Konto 3199.15, Kommunikation, CHF 15'000.-- bzw. CHF 25'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der GPK stimmen 24 Ratsmitglieder.

Ratspräsident Stefan Moos verzichtet auf die Ermittlung des Gegenmehrs, wenn sich niemand aus dem Rat dagegen wehrt.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR mit 24 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrs den Antrag der GPK gutgeheissen hat.

Ratspräsident Stefan Moos: Zum Präsidialdepartement stellen die bürgerlichen Fraktionen folgende Anträge:

- KST 1500, Personaldienst, Konto 3099.20, Personalbetreuung, Kürzung um CHF 35'000.-
- KST 1600, Kultur, Konto 3199.13, Freier Kulturkredit, Kürzung um CHF 20'000.--
- KST 1800, Stadtentwicklung, Konto 3102.20, Publikation/Inserate, Kürzung um CHF 10'000.--, Konto 3130.16, Projekte, Kürzung um CHF 50'000.--

Stadtpräsident Dolfi Müller: Die Anwesenden haben heute eine schwarze Mütze erhalten. Die Zahlen sind auch fast schwarz. Der Stadtrat ist sicher auf gutem Wege. Es braucht noch etwas Geduld und ziemlich viel Verhandlungsgeschick auch gegenüber dem Kanton. Es entscheiden nicht die guten Worte, sondern sehr viel Feinarbeit. Die Stadt Zug befindet sich hier in einer 18:62 Situation. Dies im Unterschied zu den bürgerlichen Fraktionen hier, die immer schön in der Mehrheit sind und den Tarif geben. Stadtpräsident Dolfi Müller ist sich ein Leben lang gewohnt, in einer 18:62 Situation zu sein. Dann braucht es etwas mehr Fingerspitzengefühl. Stadtpräsident Dolfi Müller möchte nicht heute auch einen schwarzen Tag erleben, nämlich für die Kultur, insbesondere die Personalkultur, aber auch ein bisschen für die demokratische Kultur. Das steht nach Auffassung von Stadtpräsident Dolfi Müller im Moment etwas auf dem Prüfstand. Es gibt hier die Hinterzimmerdiplomatie, dabei gibt es die GPK. Der Stadtrat hat aufgezeigt, wie er es machen will, Stadtrat Karl Kobelt hat sich sehr ins Zeug gelegt. Es ist ausgesprochen bedauerlich, dass mit diesem Sammelsurium von Anträgen einfach zu viel Hektik und ein unnötig hohes Stressniveau erzeugt wird, das der Sache und auch der politischen Vision nicht dient. Es braucht Stabilität hier in dieser Stadt, das Höchste aller Güter. Da kann noch lange über Steuerfüsse und Budgetrückweisungen und all solch unnötige Diskussionen geführt werden. Der Stadtrat hat den Ball in Richtung Stabilität gespielt. Stadtpräsident Dolfi wäre daher froh, wenn sie auch gehalten werden könnte. Letztlich geht es spartechnisch um sehr kleine Beträge, klimatisch sind sie aber giftig. Mit dem Durchkommen dieser Anträge gewinnt man fast nichts, schadet aber an verschiedenen Orten. Die Personalbetreuung noch anzugreifen, missachtet den Umstand, dass erstmals seit Stadtpräsident Dolfi Müller hier politisiert, eine Stellenplafonierung erreicht wurde. Das basiert auch auf einer Leistung des Personals. Nun kommen die bürgerlichen Fraktionen mit einem solchen Pinuts-Antrag, der aber in der Wirkung an sich kein solcher ist. Es sind Rituale des Personals: man verabschiedet verdiente Mitarbeiter, man macht für irgendjemanden ein Jubiläum, man zeigt ihm seine Wertschätzung usw. Gerade dieser Betrag soll nun reduziert werden. Hier wird aber mit relativ wenig Geld ein sehr positiver Effekt erzielt. Das erzeugt unnötige Frustration und vergiftet völlig unnötigerweise das Klima. Der Stadtrat beantragt daher, diesen Betrag zu belassen. Die bei der Stadt beschäftigten Praktikanten brauchen zusätzlich gewisse kaufmännische Ausbildung und Kurse, was mit entsprechenden Kosten verbunden ist. Vor einem Jahr wurde dieser Betrag bereits um CHF 30'000.-- gekürzt. Stadtpräsident Dolfi Müller ersucht daher dringend, jetzt von einer weiteren Kürzung abzusehen. Damit schädigt man das Personal, das vorher so gelobt wurde. Zur beantragten Budgetkürzung bei der KST 1600, Kultur: In diesem Jahr wurde in befristete wiederkehrende Beiträge eingegriffen. Das ist bereits eine mutige Übung. Das erachtete aber der Stadtrat im Rahmen der Sparvorgaben als richtig. Das konnte in Gesprächen mit den Betroffenen erreicht werden. Nun sollen nochmals CHF 20'000.-- gestrichen werden. Das erzeugt Frustration. Der Spareffekt aber geht gegen Null. Hier geht es u.a. auch um den Kauf von Bildern bei Künstlern, aber auch um die Restauration von bereits im Besitz der Stadt stehenden Bildern. Das ist in diesem bescheidenen Betrag von CHF 20'000.-- enthalten. Es ist ein SVP-Vorstoss betr. benutzerfreundliche Gestaltung des Zollhauses hängig. Das erfolgt genau aus diesem Konto. Zu KST 1800, Stadtentwicklung: Man sollte sich ein Bild machen, wie Zug in den Jahren 2020 -2030 aussehen könnte. Nun folgen Planungen Unterfeld zwischen Zug und Baar mit noch unbekanntem Dichten. Jetzt ist es nötig, zu wissen, wo es langfristig durchgehen muss. Diese Prozesse sind vom Stadtrat aufgegleist. Es sind interne Arbeitsgruppen eingesetzt worden. Es braucht aber auch ein Minimum an externer Unterstützung. Wenn der Budgetbetrag

um die Hälfte reduziert wird, kann das nicht mehr richtig aufgestartet werden. Damit steuert der GGR Dinge über das Budget, die eigentlich Sache des Stadtrates sind. Der Stadtrat wird aber den GGR gerne in den Prozess einbeziehen. Beim heutigen Wachstumstempo muss aber einmal aufgezeigt werden, was die Strategie ist. Stadtpräsident Dolfi Müller appelliert daher an den GGR, diesen Prozess nicht über das Budget abzuklemmen.

Philip C Brunner, Präsident GPK, spricht als Mitglied der SVP-Fraktion: Stadtpräsident Dolfi Müller stellt das quasi als unverantwortlich dar. Aber das Gegenteil ist der Fall. Die bürgerlichen Fraktionen haben sich verantwortungsbewusst zusammengesetzt und geprüft, wo Deckungsflächen bestehen und wo man sich einig ist. Die SVP-Fraktion hat auf Streichungsanträge von mehreren hunderttausend Franken verzichtet, weil keine Mehrheit möglich war. Vor ein oder zwei Jahren tönte es hier, dass es nicht seriös sei, CHF 5 Mio. einfach so zu kürzen. Letztes Jahr ging es um CHF 3,5 Mio. Der Stadtrat hat in diesem Zusammenhang die bekannte Buspass-Geschichte beschlossen. Deshalb kommen nun die bürgerlichen Fraktionen nicht mit CHF 3 Mio. Kürzungsanträgen, sondern sehr pragmatisch und reduziert, damit möglichst viel Unterstützung erreicht werden kann. Philip C. Brunner hat durchaus Verständnis dafür, dass es niemandem Spass macht, mit gekürzten Hosen nach Hause zu gehen und vor das Personal zu stehen. Es soll aber deswegen hier jetzt kein Lamento veranstaltet werden, sondern das Vorgehen der bürgerlichen Fraktionen ist sehr verantwortungsbewusst.

Abstimmung

über den Antrag der bürgerlichen Fraktionen, KST 1500, Personaldienst, Konto 3099.20, Personalbetreuung, um CHF 35'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der bürgerlichen Fraktionen stimmen 24 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR mit 24 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts den Antrag der bürgerlichen Fraktionen zu KST 1500, Personaldienst, Konto 3099.20, Personalbetreuung, gutgeheissen hat.

Abstimmung

über den Antrag der bürgerlichen Fraktionen, KST 1600, Kultur, Konto 3199.13, Freier Kulturkredit, um CHF 20'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der bürgerlichen Fraktionen stimmen 23 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR den Antrag der bürgerlichen Fraktionen zu KST 1600, Kultur, Konto 3199.13, Freier Kulturkredit, mit 23 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts gutgeheissen hat.

Barbara Stäheli: Anscheinend gibt es jetzt eine Reihe von Kürzungsanträgen, die gestern von der grossbürgerlichen Mehrheit beschlossen wurden. Diese Anträge wurden heute auf einer Folie, die nicht lesbar war, präsentiert. Es wäre sehr nett gewesen und transparent, wenn die übrigen

Fraktionen diese auch zugestellt erhalten hätten und nicht bei jeder KST erstaunt gehört werden muss, welche gute Ideen da vorhanden sind und wo gestrichen werden soll.

Ratspräsident Stefan Moos lässt die Liste kopieren und allen Anwesenden austeilen.

Christina Huber spricht jetzt nur, weil sie selten so gekocht hat wie heute in diesem Parlament. Sie möchte eine Begründung für jeden einzelnen dieser Kürzungsanträge hören, egal wie lange diese Debatte dauert.

Stefan Hodel zum Antrag zu KST 21800, Stadtentwicklung, Konto 3102.20, Publikation/Inserate: Dieser Betrag wurde bereits im Jahr 2012 von CHF 30'000.-- auf CHF 20'000.-- gekürzt.

Abstimmung:

über den Antrag der bürgerlichen Fraktionen, KST 1800, Stadtentwicklung, Konto 3102.20, Publikation/Inserate, um CHF 10'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der bürgerlichen Fraktionen stimmen 24 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR den Antrag der bürgerlichen Fraktionen zu KST 1800, Stadtentwicklung, Konto 3102.20, Publikation/Inserate, mit 24 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts gutgeheissen hat.

Abstimmung

über den Antrag der bürgerlichen Fraktionen, KST 1800, Stadtentwicklung, Konto 3130.16, Projekte, um CHF 50'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der bürgerlichen Fraktionen stimmen 22 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR den Antrag der bürgerlichen Fraktionen zu KST 1800, Stadtentwicklung, Konto 3130.16, Projekte, mit 22 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts gutgeheissen hat.

Finanzdepartement (S. 42-53)

Keine Wortmeldungen

Jürg Messmer hält zuhanden des Protokolls fest, dass er es als eine sehr schwache Leistung der linken Kolleginnen und Kollegen empfindet, dass sie jetzt offensichtlich mit Ausnahme von 3 Personen demonstrativ den Saal verlassen haben.

Bildungsdepartement (S. 54-65)

Ratspräsident Stefan Moos: Bei KST 3800, Abteilung Kind Jugend Familie, beantragen die bürgerlichen Fraktionen eine pauschale Kürzung von CHF 150'000.--.

Stadträtin Vroni Straub will nicht lamentieren, fragt aber die bürgerlichen Fraktionen, die hier bei der KST 3800 pauschal CHF 150'000.-- einsparen wollen, an, ob sie gesehen haben, dass diese KST trotz dem Ausbau, der zurzeit getätigt wird, für 2014 bereits CHF 226'000.-- unter dem Budget liegt. Dank diesem Ausbau können CHF 81'000.-- mehr Einnahmen für 2014 budgetiert werden. Das gibt insgesamt eine Verbesserung von CHF 300'000.--. Genau bei diesem Konto wurde sehr genau geschaut, wo gespart werden kann. Auf diesen Zahlen nochmals CHF 150'000.-- zu sparen, kann nicht ohne Leistungsabbau funktionieren. Stadträtin Vroni Straub hat die Möglichkeit, bei kleinen Positionen und Projekten (Betreuungsmaterial usw.) abzubauen. Beispielsweise können dann die Schulen in Zug keine Ausflüge mehr machen. Es können bei der Ferienbetreuung oder bei der Spielanimation Zug West Streichungen vorgenommen werden usw. Aber gerade diese Kosten hier schmerzen unglaublich. Sie gehen vollumfänglich direkt zu den Kindern und den Familien. Stadträtin Vroni Straub hat als andere Variante die Möglichkeit, diese CHF 150'000.-- bei den subventionierten Kindertagesstätten einzusparen. Dann muss aber das Betreuungsangebot reduziert werden. Wollen die bürgerlichen Fraktionen das? Gerade in Zug sind sich viele Familien anderer Länder und Kantone gewohnt, dass diese Betreuungsangebote vorhanden sind. Zug steht nicht nur im Steuerwettbewerb, sondern auch im Betreuungswettbewerb. Diese Familien schauen ganz genau, welches Angebot hier besteht und entscheiden sich dann für den Standort Zug. Die Betreuung ist durchaus auch ein Standortwettbewerb. Stadträtin Vroni Straub möchte jetzt nicht weiter sprechen, kann sie sich doch nicht vorstellen, dass die bürgerlichen Fraktionen all das, was sie jetzt gesagt hat, nicht bereits selber wissen. Es sei einfach nochmals betont: jeder Franken, der hier abgestrichen wird, tut weh.

Jürg Messmer versteht, dass Stadträtin Vroni Straub dieses Geld ungern hergibt. Bezüglich der gegenüber dem Budget 2013 bereits weniger ausgegebenen CHF 200'000.-- weist Jürg Messmer darauf hin, dass alleine rund CHF 100'000.-- bei der Mütter- und Väterberatung eingespart wurden. Die Begründung dazu ist, dass diese mittels Leistungsvereinbarung an den Kanton geht. Es sind also allein CHF 100'000.-- eingespart worden, weil sie nicht mehr im Bildungsdepartement anfallen.

Adrian Moos: Bei diesem Antrag geht es um weniger als 2% des Gesamtbetrages der KST 3800. Nach Meinung der bürgerlichen Fraktionen besteht die Möglichkeit, diese Einsparung zu machen. Die beantragte Einsparung wird daher bewusst nicht bei der einzelnen Position, sondern etwas weiter angesetzt. Die Stadt Zug leistet sich diesbezüglich einen sehr hohen Standard. In einer übergeordneten Konsensregelung von links bis rechts hat man zwar Ja dazu gesagt. Das heisst aber nicht, dass das heisst, man wolle einfach den Rolls Royce fahren. Man darf auch in Zug etwas bescheidener sein. Diese 2 % im Rahmen einer bescheideneren Dienstleistungserbringung ist durchaus möglich und verantwortbar und tut dem System nicht weh.

Stadträtin Vroni Straub: Es gibt in der Stadt Zug keine einzige staatliche Kinderkrippe, es sind alles private Trägerschaften, welche Krippenplätze anbieten. Die Stadt Zug kauft bei diesen Trägerschaften subventionierte Plätze ein. Diese Trägerschaften können dann diese Subventionen wieder an berechtigte Familien weitergeben. Wenn nun gekürzt werden muss und somit nicht mehr genügend Plätze eingekauft werden können, trifft es die Wenigverdienenden, weil die sich dann keinen Krippenplatz leisten können. Es trifft aber auch die Familien bis weit in den

Mittelstand, weil die Stadt Zug doch recht grosszügig subventioniert. Es trifft nicht die Gutverdienenden, weil sie ohnehin Selbstzahler und kostenneutral sind. Andererseits sind die Schulen sehr dankbar, wenn diese Kinder mit Deutschkenntnissen von den Kitas in den Kindergarten und in die Schule kommen. Da spart die Stadt Zug wieder Geld.

Abstimmung

über den Antrag der bürgerlichen Fraktionen, die KST 3800, Abteilung Kind Jugend Familie pauschal um CHF 150'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der bürgerlichen Fraktionen stimmen 21 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR mit 21 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrs den Antrag der bürgerlichen Fraktionen zu KST 3800 gutgeheissen hat.

Baudepartement

Ratspräsident Stefan Moos: die bürgerlichen Fraktionen beantragen bei KST 4100, Stadtplanung, Konto 3199.46, Siedlung und Landschaft, eine Kürzung um CHF 30'000.--.

Stadtrat André Wicki: Das Budget für das Jahr 2012 betrug noch CHF 170'000.--, wurde dann auf CHF 140'000.-- reduziert und liegt jetzt wieder bei CHF 170'000.--. Die Stadt Zug hat hier keinen grossen Einfluss, wenden sich doch die Grundeigentümer bei Studienverfahren an die Stadt. Aufgrund des erstellten Fahrplanes wird entsprechend budgetiert. Es geht hier vor allem um die Studienverfahren der Pensionskasse V-Zug und der Stadt, äussere Lorzenallmend zusammen mit Korporation usw. Die beantragte Kürzung um CHF 30'000.-- kann man zwar als nicht sehr viel erachten, jedoch ist zu berücksichtigen, dass von diesem auf das nächste Jahr innerhalb des Baudepartementes bereits CHF 845'000.-- eingespart wurden. Diese CHF 30'000.-- Kürzung bedeuten eine Änderung des vorgesehenen Fahrplanes bzw. Verschiebungen auf das übernächste Jahr. Die Pensionskasse V-Zug, Stadt Zug und die Korporation müssten über diese Verschiebung informiert werden.

Abstimmung

über den Antrag der bürgerlichen Fraktionen, KST 4100, Stadtplanung, Konto 3199.46, Siedlung und Landschaft, um CHF 30'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der bürgerlichen Fraktionen stimmen 24 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR mit 24 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrs dem Antrag der bürgerlichen Fraktionen zu KST 4100, Stadtplanung, Konto 3199.46, Siedlung und Landschaft, mit 24 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrs zugestimmt hat.

Departement Soziales, Umwelt und Sicherheit (SUS)

Ratspräsident Stefan Moos fasst die verschiedenen Anträge der bürgerlichen Fraktionen zusammen:

- KST 5000, Departementssekretariat, Konto 3130.16, Projekte, Kürzung um CHF 50'000.--
- KST 5100, Soziale Dienste, Konto 3010.20, Löhne Nebenämter/Aushilfen, Kürzung um CHF 40'000.--
- KST 5100, Soziale Dienste, Konto 3132.10, Beratungen und Expertisen, Kürzung um CHF 20'000.---
- KST 5500, Sicherheit, Konto 3090.10, Fachausbildung, Kürzung um CHF 20'000.--
- KST 5500, Sicherheit, Konto 3102.10, Drucksachen, Kürzung um CHF 15'000.--
- KST 5600, Parkraumbewirtschaftung, Konto 3144.10, Unterhalt Hochbauten, Kürzung um CHF 22'000.--

Stadtrat Andreas Bossard: Heute ist ein schwarzer Tag nicht nur für die Bildung und die Kultur, sondern auch für das Departement SUS, welches von mindestens 6 Kürzungen betroffen ist. Zur Kürzung von CHF 50'000.-- bei der KST 5000, Konto 3130.16: Bei der budgetierten Erhöhung handelt es sich vorwiegend um ein Projekt soziale Integration. Hier soll geklärt werden, was nach der negativen Abstimmung zum kantonalen Integrationsgesetz noch zulässig ist. Die Gemeinden sind nach wie vor für die soziale Integration zuständig. Stadtrat Andreas Bossard kann hier anbieten, das Konto um CHF 25'000.-- auf CHF 60'000.-- zu kürzen.

Astrid Estermann: Der Stadtrat hat einen Vorschlag unterbreitet. Kann wenigstens dazu Stellung bezogen werden? Astrid Estermann findet es sehr schwierig, ohne Begründungen eine Debatte zu führen. Wie stellen sich die Bürgerlichen das vor? Soll der Stadtrat das Projekt streichen? Soll der Stadtrat beispielsweise bei der Kinderbetreuung die Plätze streichen? Es wäre schön, wenigstens eine Vorstellung zu zeigen, in welche Richtung es gehen soll. Die bürgerlichen Fraktionen sagen, sie wollen hier die Verantwortung wahrnehmen, sie wollen klar machen, wohin die Reise gehen soll. Sie beantragen aber nur Kürzungen, sagen aber nicht, wohin die Reise gehen soll, sie überlassen das dem Stadtrat, eine Lösung zu finden. Die bürgerlichen Fraktionen verlangen, dass die wirtschaftlichen Sozialhilfebezüger integriert werden, streichen aber den Budgetposten. Wie soll das gehen? Bitte eine Begründung und Klärung, in welche Richtung es gehen soll.

Martin Kühn: Die Totalaufwendungen des Departementes SUS belaufen sich auf CHF 40 Mio. Hier wird nun über einen Kürzungsantrag von CHF 50'000.-- diskutiert. Es gibt auch noch andere Projekte. Letztes und vorletztes Jahr wurden Globalkürzungen beantragt. Das wurde den bürgerlichen Fraktionen im Anschluss vorgeworfen. Jetzt kommen sie mit Kürzungen bei verschiedenen KST und Kostenarten. Nun wird auch das kritisiert. Die Hauptbegründung liegt für die bürgerlichen Fraktionen beim massiven Defizit. Es wurde daher Punkt für Punkt nach möglichen Einsparungen geprüft.

Astrid Estermann möchte den Grund wissen, weshalb bei diesem bestimmten Konto CHF 50'000.-- gespart werden sollen.

Martin Kühn: Es gibt viele gebundene Ausgaben, wo nicht eingegriffen werden kann. Bei den Projekten besteht diese Möglichkeit.

Stadtrat Andreas Bossard: CHF 40 Mio. beträgt das Gesamtbudget für das gesamte Departement. Davon sind 95 % gebundene Ausgaben (Altersbetreuungsangelegenheiten, Spitex, Sozialhilfe usw.). Von den restlichen 5 % noch CHF 167'000.-- zu kürzen, ist relativ schwierig. Wenn ein spezifisches Konto reduziert werden soll, kann das nicht ab irgendeinem anderen Konto verrechnet werden. Dann wäre es Stadtrat Andreas Bossard lieber, wenn CHF 167'000.-- über das ganze Departement gestrichen werden sollen. Dann kann abgewogen werden, wo die dringendsten Sachen gemacht werden müssen. Wenn ganz spezifisch beantragt wird, bei welchem Konto wieviel gekürzt werden muss, muss die Kürzung auch bei genau diesem Konto erfolgen. Dann muss beispielsweise dieses Projekt soziale Integration gestrichen werden, obwohl es sich um eine gemeindliche Aufgabe handelt. Stadtrat Andreas Bossard kann die Konti nennen, bei denen sich Mehrausgaben ergeben, wenn hier gespart wird.

Manfred Pircher sieht es nicht als eine Bringschuld der bürgerlichen Fraktionen, die Linken zu orientieren, sondern es ist eine Holschuld der Linken. Die bürgerlichen Fraktionen diskutieren unter sich und einigen sich auf einige Kürzungen. Das hätten die Linken auch tun können. Kürzen ist nie einfach. Die Ausgaben beim Departement SUS gehen aber langsam ins Uferlose. Stadtrat Andreas Bossard hat daher zur Kenntnis zu nehmen, dass hier gekürzt wird und zwar punktuell.

Martin Kühn ist - ohne Absprache mit den anderen Bürgerlichen - damit einverstanden, wenn Stadtrat Andreas Bossard vorschlägt, die CHF 167'000.-- über das ganze Departement zu kürzen und könnte damit gut leben. Die bürgerlichen Fraktionen haben bewusst konkrete Kürzungen gebracht, weil ihnen in den letzten beiden Jahren pauschale Kürzungen vorgeworfen wurden.

Othmar Keiser und Sandra Barmettler haben sich ihren Geburtstag auch schöner vorgestellt. Es ist heute aber keine Champagnerparty. Es wäre trotzdem schön, wenn die Verantwortung auch von den Linken getragen würde. In der Vorbereitung für die ganztägige GPK-Sitzung hatte sich Othmar Keiser auf die Fahne geschrieben, kein Globalbudget, jedoch nach Konten Kürzungen zu beantragen. So hat er beispielsweise eine CHF 250'000.-- Kürzung auf Unterhalt beantragt. Das wurde aber mit 4:3 Stimmen abgelehnt. Othmar Keiser hat das Instrument, dass bei einer Überschreitung die GPK mit schriftlichem Bericht informiert wird, vorgeschlagen. So wird beispielsweise bei der Informatik der Backup-Server nach 5 - 6 Jahren wieder erneuert. Diese CHF 250'000.-- könnte man auch nicht budgetieren, sondern bei Bedarf einen Nachtragskredit vorlegen. Bei den sozialen Diensten ist das Budget um CHF 1 Mio. höher. Hier wurde aber keine Kürzung vorgenommen. Letztes und vorletztes Jahr war das Globalbudget nicht recht. Jetzt trifft das also für die detaillierten Vorschläge auch nicht zu. Wenn die Departementsvorsteher - sei dies bei der Bildung oder beim SUS - die gesamte Summe sparen wollen, können sie das, indem sie einfach etwas Luft aus dem Pneu lassen. Es geht darum, dass die Transparenz gelebt wird. Die Bürgerlichen haben aber das Gefühl noch nicht ganz verloren, dass hinter der Fassade noch Sparpotential besteht. Dass man wegen der Standortattraktivität etwas leisten und viel investieren muss, das Steuersubstrat hoch ist, aber auch wieder verbraten wird, führt zu den Budgetde-

fiziten. Da soll der Hebel angesetzt werden. Die CVP-Fraktion wäre sicher auch mit einer globalen Kürzung von CHF 167'000.-- beim Departement SUS einverstanden.

Stadträtin Vroni Straub wundert das schon. Ob man bei den subventionierten Kinderplätzen sparen soll, ist eine Grundsatzfrage. Stadträtin Vroni Straub hat den Antrag so verstanden, dass sie bei der KST 3800, CHF 150'000.-- einsparen muss. Das ist etwas ganz anderes als wenn über das ganze Bildungsdepartement dieser Betrag eingespart werden kann.

Ratspräsident Stefan Moos: Die KST 3800 ist beschlossen und zu Ende beraten. Es müsste also ein Rückkommensantrag gestellt werden.

Othmar Keiser: Es hätte sein können, dass Stadträtin Vroni Straub sagt, ihr drohe Ungemach in der KST 3800, und daher ersuche, diesen Betrag über das ganze Departement zu streichen. Bei der KST 3800 gibt es beispielsweise auch den Verein Zuger Jugendtreffpunkte mit unveränderten CHF 845'000.--. Das Engagement des Vereins Zuger Jugendtreffpunkt ist sehr kulturnahe.

Ratspräsident Stefan Moos unterbricht das Votum: Wenn darüber nochmals debattiert werden soll, muss ein Rückkommensantrag gestellt werden.

Philip C. Brunner: Die SVP-Fraktion ist grossmehrheitlich einverstanden mit der Globalkürzung über das ganze Departement und besteht nicht auf dieser Einzelpositionenkürzung. Philip C. Brunner wurde am Märliisontag von einem GGR-Mitglied angesprochen und gefragt, ob er wisse, dass es eine Alterskommission gäbe. Die nachträgliche Prüfung hat ergeben, dass es dazu eine Motion der SP-Fraktion gibt. Bei der Fachstelle Alter und Gesundheit ist aber keine solche Kommission budgetiert. Gestern Nachmittag war von Stadtrat Andres Bossard zu erfahren, dass es diese Kommission tatsächlich gibt. Der Stadtrat habe sie am letzten Dienstag bestimmt und sich dabei für eine Fachkommission entschieden. Gleichzeitig wurde die Interpellationsantwort verabschiedet. Es folgte gestern Nachmittag eine Pressemitteilung. Für das Jahr 2014 wird entsprechendes Konto eröffnet. Es ist mit einem Aufwand von CHF 11'000 zu rechnen. Der GGR hat aber noch nicht mal über dieses Thema debattiert. Philip C. Brunner hat Mühe, wenn jetzt im letzten Moment 24 Stunden vor der Budgetberatung noch schnell eine Kommission bestimmt. Man hat sich für eine Fachkommission mit einer prominenten Politikerin entschieden, die nicht einmal in einer Fraktion vertreten ist. Auch in der SVP-Fraktion gibt es Fachleute. Philip C. Brunner hat als Präsident der GPK dem Stadtrat vertraut und findet dieses Vorgehen nun nicht in Ordnung. Das hinterlässt einen schalen Geschmack von Übertölpelung. Philip C. Brunner hätte gerne den Antrag gestellt, dieses Konto auf Null zu setzen. Diese Stadt hat in den letzten paar Jahren über CHF 100 Mio. ins Alter investiert. Das ging immer ohne diese Fachkommission. Plötzlich braucht es sie nun. Das sind diese Signale, die ganz schlecht ankommen. Philip C. Brunner beantragt nun, den Betrag der pauschalen Kürzung von CHF 167'000.-- um CHF 11'000.-- zu erhöhen.

Stadtrat Andreas Bossard: Das Alter ist praktisch das einzige Fachgebiet, wo es keine Fachkommission gibt. Es gibt bereits unzählige Kommissionen (Feuerschutzkommission, Friedhofkommission usw.), die alle vom Stadtrat als beratendes Organ eingesetzt werden. Auf Wunsch dieses

Parlamentes wurde die Gründung einer solchen Kommission angeregt. Der Stadtrat hat sich mehrfach damit befasst und sich schlussendlich nach Kontaktnahme mit den Interpellantinnen und dem Seniorenverband für eine Fachkommission entschieden. Der Stadtrat hat sich dem angeschlossen und die Kommission am letzten Dienstag verabschiedet. Die Kommission wird nächste Woche bereits erstmals tagen. Die Interpellationsantwort wird in den nächsten Tagen verschickt. Stadtrat Andreas Bossard kann damit leben, wenn CHF 167'000.-- als Globalkürzung beantragt werden. Er wird selber noch einen Antrag vorlegen, einen Posten um CHF 120'000 zu kürzen. Es geht dabei um die Nachspitex. Die Gemeinden und der Kanton beantragen, auf das Jahr 2015 eine Nachspitex zu gründen. Die Stadt Zug hat alles aufgegleist und dafür im Budget CHF 120'000.-- vorgesehen. Die Stadt Zug könnte auf Mitte Jahr selber eine städtische Nachspitex gründen. Für ein halbes Jahr macht das aber wenig Sinn, weshalb Stadtrat Andreas Bossard nun beantragt, diese Kosten von CHF 120'000.-- bei der Spitex, Konto 3635.50, zu reduzieren und die Nachspitex auf den 1.1.2015 mit den anderen Gemeinden zusammen einzuführen. Betroffen von der Nachspitex sind in der Stadt Zug 3 Personen.

Stadtrat Karl Kobelt hat eine Zusatzinformation zu Dienstleistung Dritter, Konto 3130.10 Es gibt kein neues Konto. Der Betrag von CHF 11'000.-- ist in diesen CHF 66'300.-- inbegriffen.

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass die bürgerlichen Fraktionen stillschweigend mit einer globalen Kürzung von CHF 167'000.-- über das ganze Departement SUS einverstanden sind.

Philip C. Brunner zieht seinen Antrag zugunsten des Antrages der bürgerlichen Fraktionen zurück.

Abstimmung

über den Antrag der bürgerlichen Fraktionen für eine globale Kürzung von CHF 167'000.-- über das ganze Departement SUS:

Für den Antrag der bürgerlichen Fraktionen stimmen 24 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR mit 24 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts den Globalantrag der bürgerlichen Fraktionen für eine Kürzung von CHF 167'000.-- über das ganze Departement SUS gutgeheissen hat.

Abstimmung

über den Antrag von Stadtrat Andreas Bossard, zusätzlich KST 5300, Fachstelle Alter und Gesundheit, Konto 3635.50, Beiträge an Spitalexterne Kranken-/Gesundheits-Pflege, um CHF 120'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag von Stadtrat Andreas Bossard stimmen 27 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR mit 27 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts den Antrag von Stadtrat Andreas Bossard zu KST 5300, Fachstelle Alter und Gesundheit, Konto 3635.50, Beiträge an Spitalexterne Kranken-/Gesundheits-Pflege, gutgeheissen hat.

Ratspräsident Stefan Moos verweist auf den Antrag der GPK, die KST 5600, Parkraumbewirtschaftung, Konto 4240.10, Parkinggebühren Parkhäuser, um CHF 44'000.-- zu kürzen:

Manfred Pircher spricht generell zu den Kürzungen und findet es sehr interessant: Wenn etwas Druck für Kürzungen erfolgt, kommen die verschiedenen Departemente von sich aus und kürzen noch zusätzlich. Warum nicht schon vorher?

Stadtrat Andreas Bossard: Bei der Spitex und der Langzeitpflege gibt es einen grossen Wandel. An der Verordnung wurde zusammen mit allen 11 Sozialvorstehern über ein Jahr gearbeitet. Kürzlich ist diese neue Kommission gegründet worden. Mit dieser Kommission hat der Stadtrat Kontakt gehabt. Dabei tauchte diese Idee auf. Dass der ganze Kanton an einem Tisch sitzt und alle überzeugt sind, eine Nachspitex selber aufzubauen, das ist nicht so schnell möglich. In den letzten Wochen wurde bekannt, dass das so gewünscht wird.

Manfred Pircher geht es nicht um die Spitex, sondern generell um die Kürzungen. Die CHF 167'000.-- hätte vom Departement SUS schon vorher selber gekürzt werden können.

Stadtrat Andreas Bossard hätte bei jedem einzelnen Posten begründen können, was die Kürzungen bewirken. Bei einem Posten hätte es genauso viele Mehrkosten gegeben, weil dadurch die IV-Fälle nicht mehr durch Fachjuristen hätten abgeklärt werden können. Das hätte bei der Sozialhilfe eine massive Steigerung ergeben. Die IV hat sich bei fünf Fällen geweigert, sie zu übernehmen. Alle diese wären bei der Sozialhilfe angefallen. Dank guten Juristen konnten diese Differenzen beigelegt werden. Stadtrat Andreas Bossard ist nun froh, dass die einzelnen Streichungen in eine globale Kürzung umgewandelt wurden.

Abstimmung

über den Antrag der GPK, KST 5600, Parkraumbewirtschaftung, Konto 4240.10, Parkinggebühren Parkhäuser, um CHF 44'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag der GPK stimmen 27 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR mit 27 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts den Antrag der GPK zu KST 5600, Parkraumbewirtschaftung, Konto 4240.10, Parkinggebühren Parkhäuser, gutgeheissen hat.

Investitionsprogramm

Urs Bertschi: Die Linken sind nicht untätig geblieben und haben sich im Sinne einer linken *unité de doctrine* bzw. im Sinne eines linken Konsenses auf einen substanziellen Kürzungsantrag geeinigt. In gewissem Sinne auch im Sinne der Opfersymmetrie, damit alle Departemente von den Kürzungen betroffen sind, und im Sinne dessen, dass man privatisiert was privatisiert werden kann, ein kleiner Beitrag auch an die 2000 Watt-Gesellschaft, wird beantragt, bei der KST 3636.21, Weihnachtsbeleuchtung, den Betrag von CHF 330'000.-- zu streichen. Es bleibt nun ein Jahr Zeit, diesen Betrag zu privatisieren. Die Zuger Gewerbevereine Pro Zug usw. sind sicher Feuer und Flamme, diese Weihnachtsbeleuchtung übernehmen zu können. Immerhin stellt die Stadt die Grundinstallation zur Verfügung. Das sind wiederkehrende Kosten für die Montage. Das kann ohne weiteres vom stadtzugerischen Gewerbe getragen werden.

Jürg Messmer gratuliert Urs Bertschi zu dieser Entscheidung, er könnte von ihm selber sein. Jürg Messmer wurde heute von „20 Minuten“ auf einen Eintrag im Facebook bei der Stadt Zug, wo er genau diesen Betrag ebenfalls kritisierte, angefragt. Jürg Messmer hätte nicht heute bei der Budgetdebatte, sondern nächstes Jahr einen entsprechenden Antrag gestellt. So wie es aussieht, wird die SVP-Fraktion oder zumindest Jürg Messmer diesen Antrag unterstützen.

Philip C. Brunner, Präsident GPK: Die GPK hat sich vor einem Jahr auch mit diesem Thema befasst. Es gab damals auch einen entsprechenden Kürzungsantrag. Philip C. Brunner wird den Antrag von Urs Bertschi auch unterstützen. Damit würden sich die bisher beschlossenen Einsparungen von CHF 656'000.-- auf praktisch CHF 1 Mio. erhöhen. Philip C. Brunner erinnert sich daran, dass ein mehrjähriges Programm bezüglich Erneuerung von Einzelteilen dieser Anlage besteht. Es ist daher nicht sicher, ob der durchaus sympathische Antrag von Urs Bertschi aus vertraglichen Gründen seitens der Stadt Zug überhaupt möglich ist. Möglicherweise kann die Stadt Zug nicht innerhalb eines Jahres reagieren. Das bürgerliche Lager und die Gewerbler seien daran erinnert, dass in den meisten Städten diese Kosten von Privaten getragen werden. Das Protestgeheul wird kommen. Die Stadt Zug hat hier aber tatsächlich über Jahre eine Luxuslösung gehabt. Dann ist Eigeninitiative gefragt. Möglicherweise kann die Stadt Zug mit dem Verkauf dieser Anlage Hand bieten.

Stadtrat Karl Kobelt versteht, dass der GGR an diesem Nachmittag nicht sonderlich weihnachtlich gestimmt ist, ersucht aber im Namen der Mehrheit des Stadtrates, das Kind nicht mit dem Bade auszuschütten. Bei der Weihnachtsbeleuchtung gilt es verschiedene Aspekte zu berücksichtigen:

- Das Gewerbe hat in der Innenstadt das Bedürfnis, attraktiv zu sein und Licht in die Innenstadt zu bringen. Es ist ein gemeinsames Anliegen, dass die Innenstadt in ihrer Lebendigkeit weiterhin gepflegt und gehegt werden will. Wenn hier zapfendunkel die nächsten Tage Richtung Weihnachten darüber geschritten würde, würde man diesem Anliegen ein Bärendienst erwiesen.
- Die Bevölkerung: Der Mälisonntag hat am letzten Sonntag stattgefunden. Etwas weihnachtliche Stimmung und Atmosphäre in dieser Innenstadt ist angesagt. Deshalb sollte nach Meinung des Stadtrates die Weihnachtsbeleuchtung weiterhin am Leuchten bleiben. Dazu kommt, dass mit dem Abstellen auch sämtliche andere Beleuchtungen wie z.B. an

Weihnachtsbäumen nicht mehr weiter illuminiert werden können. Persönlich hat Stadtrat Karl Kobelt grosses Verständnis für das Anliegen, diese Kosten allenfalls einem Sponsoring zuzuführen. Der Stadtrat nimmt diese Anregung sehr gerne entgegen und wird sie für die Zukunft prüfen.

In diesem Sinne ersucht Stadtrat Karl Kobelt, diesen Antrag nicht gutzuheissen und die Weihnachtsbeleuchtung so weiter brennen zu lassen in diesem Jahr, wie man sich dies in der schönen Stadt Zug gewohnt ist. Die Frage der Verträge kann Stadtrat Karl Kobelt momentan nicht beantworten.

Stadtrat Andreas Bossard: Jedes Jahr fasst der Stadtrat einen neuen Beschluss bezüglich Aufhängung der gesamten Installation für CHF 250'000.--. Der Rest wird für das Schmücken der Weihnachtsbäume verwendet. Es ist also nicht der gesamte Budgetbetrag für die Lampen vorgesehen. Es wurde auch schon versucht, eine Konkurrenzofferte einzuholen. Keine andere Firma wagt aber, diese Lampen aufzuhängen als die damals im Jahr 2001 bestellte Firma.

Martin Eisenring: Der Vorschlag so wie er steht und einfach so aus der Hüfte geschossen, ist verantwortungslos. Man weiss nicht, was das für das Gewerbe bedeutet, das einen grossen Anteil der Steuerzahlungen ausmacht. Viele Städte nutzen die Weihnachtsbeleuchtung auch effektiv, um Geschäfte zu machen. Nicht umsonst wird das oftmals auch privat finanziert. Diese Anregung kann durchaus angegangen werden. Aber hier über den Kopf des Gewerbes einfach zu entscheiden, das ist unverantwortlich.

Martin Kühn persönlich und ohne Absprache mit der Fraktion unterstützt das Votum von Stadtrat Karl Kobelt vollumfänglich. Der Stadtrat hat selber gespart. Der GGR hat dem Stadtrat noch zusätzlich CHF 500'000.-- aufgedrückt. Jetzt reicht es. Es ist gewerbefeindlich, die Weihnachtsbeleuchtung abzustellen. Der Input von Urs Bertschi an sich ist gut, indem der Stadtrat klären soll, ob diese Möglichkeit besteht, ob Verträge eingehalten werden müssen oder ob diese Aufgabe dem Gewerbe überwältzt werden kann. Es ist aber durchaus etwas fahrlässig, jetzt einfach zu entscheiden.

Adrian Moos kommt nicht umhin, einige Gedanken zu dieser heutigen Debatte loszuwerden: Was ist heute Schlimmes passiert? Gewisse Parlamentarier haben sich erfrecht, sich eigene Gedanken zu machen, nachdem die GPK die Sache geprüft hat. Es wurden weitere sehr entscheidende Kürzungsanträge gestellt. Dass diese auf bürgerlicher Seite vorbereiteten Anträge nicht vorgängig verteilt wurden, ist absolut nichts Neues. Das war bisher bei jeder Budgetdebatte schon so. Adrian Moos erinnert sich als die SVP-Fraktion wie mit dem Maschinengewehr Kürzungsanträge nach vorne schoss. Da hat auch niemand irgendetwas gesagt, es sei hier ein Formfehler passiert oder es sei unfair. Die Kürzung von CHF 500'000.-- über das Ganze ist absolut moderat, insbesondere auch, weil sich die Bürgerlichen untereinander einigen konnten. Adrian Moos möchte, dass das gewürdigt wird. Es ist traurig und bedenklich - vielleicht ist es auch einfach eine Spontanreaktion -, dass ein Grossteil der vorderen Reihe hier den Saal verlassen hat. Das ist nicht gerechtfertigt. Man kann nicht davon laufen, wenn man sieht, dass man in der Minderheit ist. Das hat einen undemokratischen Beigeschmack, der vorhin den Bürgerlichen vorgeworfen wurde. Und nun kommt der Cheftaktiker der linken Seite, Urs Bertschi, und zeigt die

Lösung auf, wie CHF 300'000.-- gespart werden können. „Meine Kollegen sind zwar draussen oder wo auch immer, aber Ihr Bürgerlichen könnt selber diese Weihnachtsbeleuchtung abschliessen. Wir Linken stimmen gar nicht darüber, dann bekommt Ihr dann wunderbar Schelte vom Gewerbe, wenn Ihr das jetzt macht.“ Das ist taktisch eine gute Leistung. Adrian Moos warnt aber davor, diesen schwarzen Peter in der Budgetdebatte einfach den Bürgerlichen zuzuschieben, ist heikel. Dass es eventuell tatsächlich sinnvoll ist, wenn das jemand anders macht, ist durchaus prüfenswert. Das kann aber, wenn man das wünscht, mit parlamentarischem Vorstoss verlangt und nicht heute so erledigt werden. Dann ergibt sich eventuell auf Jahrzehnte eine kostengünstigere Lösung. „Lassen wir uns nicht den Stecker rausziehen.“

Philip C. Brunner dankt Adrian Moos für sein Votum und fragt Stadtschreiber Arthur Cantieni an, ob es möglich ist, dass der GGR spontan eine Motion zu diesem Thema jetzt einreicht, damit der Stadtrat alles abklären kann und im Februar die Antwort vorlegt. Braucht es eine schriftliche Form? Es sind schon ein paar Ösen und Haken, die möglicherweise am Schluss Stolpersteine werden können, wenn zu schnell aus der Hüfte geschossen wird. Aber es ist für Philip C. Brunner kein christliches Symbol, sondern reine Deko, die in verschiedenen Gemeinden im Kanton Zug übrigens gar nicht gemocht wird.

Ratspräsident Stefan Moos: Motionen müssen schriftlich eingereicht werden.

Urs Bertschi dankt dem Chefanalysten Moos für die Blumen, das ist ein tolles Kompliment. So einfach geht es aber nicht. Urs Bertschi hätte sich gefreut, wenn sich der Finanzchef heute für Kultur, Bildung, Soziales usw. ähnlich stark gemacht hätte wie einmal mehr für das zugerische Gewerbe. Urs Bertschi gefällt die Weihnachtsbeleuchtung, die er alljährlich geniesst. Gleichwohl kann man sich über diese Finanzierung Gedanken machen. Es ist keine heilige Kuh. Wenn Martin Eisenring sagt, es sei ein unbedachter Hüftschuss, sei die Frage erlaubt, was die Bürgerlichen heute mit ihren Anträgen gemacht haben. Haben sie sich je bei Stadträtin Vroni Straub erkundigt, ob das erträglich ist, was vorgesehen ist? Das sind genau gleich blöde Hüftschüsse. Daran müssen sich die Bürgerlichen messen lassen und an allem, was heute hier gekürzt wird. Urs Bertschi findet es unglaublich: man kommt anfangs dieser Budgetdebatte hier in den Saal, im Brustton der Überzeugung, sich geeinigt und einen Konsens zu haben. Was diskutiert der GGR denn noch lange? Dass die Linken den Saal verlassen? Sie hätten auch nach Hause gehen können. Es braucht gar nicht mehr abgestimmt zu werden, es ist alles schon erledigt. Es findet hier keine Debatte statt, die Bürgerlichen geben nicht einmal dem Stadtrat die Möglichkeit, seine Anliegen hier zu formulieren und vielleicht noch clevererweise das eine oder andere zu überdenken, weil die Bürgerlichen mit ihren Hüftschüssen schon die Weisheit mit Löffeln gegessen haben. Das ist reine Macht und Arroganz. Wenn die Bürgerlichen so hier weiter politisieren, macht das Urs Bertschi keine Freude mehr. Das ist keine Kultur. Diese heute abgehandelten deklaratorischen Sparübungen sind Ausdruck dieser Macht. Das ist bedenklich. Urs Bertschi hat in seiner 13-jährigen Amtszeit hier im Rat so etwas noch nie erlebt. Diese grossbürgerliche und grossgekotzte Kultur hat er echt satt. Urs Bertschi verlässt den Saal.

Stefan Hodel. Der Antrag Urs Bertschi war eine Provokation. Das hat funktioniert. Er hat genau das gehört, was er hören wollte, nämlich von Martin Eisenring. Die Weihnachtsbeleuchtung

wurde an einem heissen Sommertag beschlossen. Damals staunte Stefan Hodel schon ob den Kosten von CHF 250'000.-- fürs Aufhängen. Ein stattlicher Betrag! Einige Jahre später kam der Antrag von Martina Arnold, CVP, für eine Kürzung. Der Stadtrat reagierte sofort und erklärte sich bereit, die Lampen ab Kolinplatz bis Casino nicht mehr aufzuhängen. Es folgte ein Aufschrei in den Leserbriefspalten aus dem Gewerbe. Man hat dann trotzdem wieder erreicht, dass die Geschäfte hier auch profitieren und hat dann wieder die ganze Beleuchtung eingeschaltet. Als GPK-Mitglied hat Stefan Hodel diesen Budgetposten genauer angeschaut. Dabei zeigte sich, dass das Aufhängen den grossen Betrag ausmacht und nicht die Energie. Jährlich wird ein gewisser Prozentsatz der Lampen durch LED-Lampen ersetzt. Der Energiebedarf sollte daher mittelfristig reduziert werden. Der Antrag von Urs Bertschi war nach Meinung von Stefan Hodel taktisch. Stefan Hodel weiss nicht, ob Urs Bertschi diesen stehen lassen oder zurückziehen will, er kann aber diesem Antrag so nicht zustimmen.

Stadtpräsident Dolfi Müller: Die heutige Debatte wurde unnötigerweise aufgeladen. Stadtpräsident Dolfi Müller plädiert nun auch im Namen des Stadtrates für Weihnachtsfrieden mit Beleuchtung. Man muss aufpassen, dass nicht mit den Gefühlen der Menschen in dieser Stadt gespielt wird. Es ist eine Stadt, die zwischendurch auch Wärme braucht, auch wenn sie nur von diesem Licht her kommt. Stefan Hodel hat ein schönes Beispiel gebracht, es gibt aber noch ein zweites: Toni Gügler sel. hat das Spiel mit dem Gewerbe auch schon spielen wollen. Das Gewerbe hat daraufhin geblockt. Das Resultat waren dann eigentliche „Weihnachtsbaumchruzli“, die man pro forma in die Landschaft stellte. Sie wurden dann alle vom Winde verweht oder von irgendwelchen Leuten eingepackt. Das kann es nicht sein. Stadtpräsident Dolfi Müller rät dringend von dieser Übung ab. Ob irgendwie anders das Gewerbe angegangen wird, wieso nicht, jetzt aber nicht mit diesem Hammerschlag.

Martin Eisenring: Es ist zu unterscheiden zwischen den verschiedenen Anträgen der Fraktionen und dem Antrag Urs Bertschi, welcher mehr oder weniger auf Hauruck und sofort Abschalten zielte. Die Exponenten der Fraktionen haben sich nach den Fraktionssitzungen getroffen und hier in Vertretung des Restes der Fraktion eine gemeinsame Aussage gefunden. Das ist von grossem Wert. Die bürgerlichen Fraktionen haben an sich sehr bescheidene Kürzungen beantragt. Das gilt es zu respektieren. Martin Eisenring hat aber auch vermisst, dass bei den einzelnen Anträgen nicht genauere Erläuterungen gemacht wurden. Er hätte das sehr geschätzt. Da muss man sich für die Zukunft Gedanken machen. Allenfalls muss man sich auch vom Timing her betr. GPK Gedanken machen, indem die Fraktionssitzung vor der GPK-Sitzung abgehalten wird, damit die Anträge dort eingebracht werden können.

Abstimmung

über den Antrag von Urs Bertschi, KST 3636.21, Weihnachtsbeleuchtung, um CHF 330'000.-- zu kürzen:

Für den Antrag von Urs Bertschi stimmen 4 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR mit 4 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrts den Antrag von Urs Bertschi zu KST 3636.21, Weihnachtsbeleuchtung, abgelehnt hat.

Willi Vollenweider zu KST 2222, Wohnen und Aufenthalt, Objekt 784, Unterkünfte für Asylsuchende Zug Göbli: Der kleingedruckte Eintrag hat Willi Vollenweider erstaunt. Willi Vollenweider erinnert an die Debatte betr. Einzonung Göbli. Im damaligen Schreiben des Baudirektors des Kantons Zug war die Rede von einem Asylheim auf dem Göbliareal. Das wurde dann im Stadtrat diskutiert, stand aber in der Vorlage Einzonung Göbli explizit nicht mehr drin. Willi Vollenweider erstaunt, dass es nun hier wieder erwähnt wird, und beantragt daher, diesen Eintrag ersatzlos zu streichen.

Stadtrat Andre Wicki stimmt Willi Vollenweider zu. Das war in der Vorprüfung der Baudirektion betr. Zonenplanänderung so. Der Posten mit CHF 3 Mio. kann wirklich gestrichen werden.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der Stadtrat den Antrag übernimmt. Da aus dem Rat kein Gegenantrag gestellt wird, kann auf eine Abstimmung verzichtet werden.

Urs Bertschi bezieht sich auf KST 2224 und erkundigt sich, was mit dem Objekt Bossard Arena: Nachrüsteten Sprühflutanlage, gemeint ist.

Stadtrat Karl Kobelt: Die Gebäudeversicherung Kanton Zug verlangt Massnahmen, damit die Bossard Arena auch für Veranstaltungen, die nicht auf Eis stattfinden, ausreicht. Der Stadtrat prüft zurzeit die Kosten und wird dem GGR in naher Zukunft einen Vorschlag vorlegen.

Philip C. Brunner zu Objekt 912, Ankenwaage (obere Altstadt/Grabenstrasse 18): Ausbau/Umbau Ladenlokal: Im Zeitpunkt der GPK-Sitzung war das noch kein Thema. Nun liegt der Entscheid des Verwaltungsgerichts vor. Hält der Stadtrat an seiner Meinung fest?

Stadtrat André Wicki: Der Stadtrat wird das Urteil nicht weiterziehen. Das JAZ wird hier einziehen. Der Stadtrat wird Überlegungen bezüglich Nutzung anstellen. Stadtrat André Wicki macht beliebt, den Betrag von CHF 50'000.-- zu belassen. Man weiss noch nicht, was hier in einem Jahr sein wird.

Philip C. Brunner erklärt sich damit einverstanden.

Theo Iten zum Objekt Rötelberg Ökonomiegebäude: Sanierung/Ausbau: Erst vor kurzem hat die Stadt Zug den Rötelberg für CHF 5 Mio. gekauft. Damals hiess es, es seien für das Ökonomiegebäude vorläufig keine Investitionen nötig. Jetzt sind aber im Budget CHF 800'000.-- mit Priorität A4 enthalten. Theo Iten beantragt eine Änderung der Priorität auf C4.

Stadtrat Karl Kobelt: Dieses Gebäude befindet sich auf dem Grundstück Rötelberg. Einerseits handelt es sich um ein schützenswertes Objekt, andererseits ist es hoch baufällig. Die Stadt macht sich nun Gedanken, wie das Gebäude einer neuen Nutzung zugeführt werden kann. Ein Abbruch ist nicht möglich. Der Stadtrat hat einen Projektierungs- und Realisierungskredit vorgesehen, der dem GGR vorgelegt wird.

Theo Iten hält am Antrag fest.

Abstimmung

über den Antrag von Theo Iten für eine Änderung der Priorität von A4 in C4 beim Objekt Ökonomiegebäude Rötelberg:

Für den Antrag von Theo Iten stimmen 15 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 12 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR den Antrag von Theo Iten betr. Ökonomiegebäude Rötelberg mit 15:12 Stimmen gutgeheissen hat.

Stefan Hodel zu KST 4400, Verkehrsplanung Strassen, Objekt 44, Quartier Räbmatt: Verbreiterung Unterführung: Der obere Teil des Räbmatt-Quartiers wird durch einen schmalen Durchgang unter der Eisenbahnlinie durch erschlossen. Geplant war in den Jahren 2016/2017, wenn die Eisenbahnlinie zwischen Zug und Goldau geschlossen ist, hier diese Unterführung zu verbreitern, damit es auch einen separaten Weg für die Fussgänger gibt, jeder Zügelwagen durchkommt, die Feuerwehr beim Grossbrand durchfahren kann usw. Stefan Hodel hat sich intensiv damit befasst und beantragt ohne Absprache mit seiner Fraktion, die Verbreiterung der Unterführung zu streichen. Nur wenige Menschen wohnen oberhalb dieser Unterführung. Es dürfte sich um weniger als 200 Personen handeln. Das Quartier wurde in den letzten 20 Jahren nach einer Umzonung vor ungefähr 10 Jahren massiv umgebaut. Es wurden neue Häuser gebaut. Der ganze Bauverkehr ging durch diese Unterführung hindurch. Es gibt keine besonderen Brandrisiken in diesem Quartier, es gibt keine alten Holzhäuser, die eng zusammenstehen und keine Schreinerei. Vor einigen Jahren gab es Probleme, weil die Leute hier zu schnell fuhren, obwohl es so schmal war. Dann hat man oberhalb der Unterführung ein Kissen montiert, damit die Autofahrer gezwungen wurden, langsamer zu fahren. Die Stadt kann nun für CHF 3 Mio. diese Unterführung verbreitern und dann oberhalb wieder mit baulichen Massnahmen verhindern, dass zu schnell gefahren wird. Das ist überflüssig. Stefan Moos beantragt, diese Position aus dem Investitionsprogramm zu streichen. Die Sanierung dieser Unterführung ist der SBB zu überlassen, die vollständig für die Kosten aufkommen muss, wenn nicht verbreitert wird.

Adrian Moos: Stefan Hodel hat mit seinem Antrag absolut recht. Hier kann mit gesundem Menschenverstand auf einen Schlag viel gespart werden. Die Verkehrslage ist so, dass nur ein Fahrzeug durchfahren kann. Hier kann locker ohne Nachteil gut gespart werden.

Stadtrat André Wicki hat heute den Brief der Verkehrskommission mit diesem Antrag erhalten und macht die Streichung dieser Position ebenfalls beliebt. Es ist aber nicht das Budget 2014 betroffen, sondern dasjenige des Jahres 2016. In diesen 1,5 Jahren möchte SBB die verschiedenen

Kunstabauten zwischen Zug und Arth-Goldau auch sanieren. Das möchte die Stadt Zug auch, nämlich beim Mänibach, beim alten Kantonsspital. Da braucht es aufgrund der schlechten Bau-substanz eine Sanierung. Bei der Rämatt ist die Substanz gut. Stadtrat André Wicki ist mit der Streichung einverstanden, möchte aber den rechtlichen Aspekt noch abklären. Da es aber das Budget 2016 betrifft, möchte Stadtrat André Wicki unter diesem Vorbehalt dem Antrag namens des Stadtrates zustimmen.

Abstimmung

über den Antrag von Antrag Stefan Hodel für Streichung der Verbreiterung der Rämatt-Unterführung:

Für den Antrag von Stefan Hodel stimmen 34 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR mit 34 Jastimmen einstimmig den Antrag von Stefan Hodel gutgeheissen hat.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Stefan Moos erklärt so beschlossen.

Ziff. 1.1:

Stefan Hodel stellt namens der Fraktion Alternative-CSP den Antrag, den Steuerfuss um 2 % nach oben anzupassen. Ein Prozentpunkt entspricht CHF 2,8 Mio. Somit kann mit Mehreinnahmen von CHF 5,6 Mio. gerechnet werden, und die Stadt Zug ist ihr Defizit los. Stefan Hodel appelliert an seine Ratskolleginnen und -kollegen, diesen kleinen Schritt zu wagen und sich ein Beispiel an den Vorgängern in diesem Rat zu nehmen. Vor 10 Jahren hat der Grosse Gemeinderat auf Antrag des bürgerlichen Stadtrates (Stadtpräsident Christoph Luchsinger; Finanzchef Hans Christen), einer Anpassung des Steuerfusses für 2004 um 3 % von 65 % auf 68 % zugestimmt. In der Stadt Zug gibt es keinen einzigen Steuerzahler, der durch seinen Wegzug die städtische Rechnung durcheinanderbringen könnte. Auch mit 62 % ist der Steuerfuss noch immer sehr attraktiv.

Philip C. Brunner: Die SVP-Fraktion wird diesen Antrag nicht unterstützen. Persönlich findet Philip C. Brunner es aber gut, dass der Antrag gestellt wird. Das ist in der Tat die Drohkulisse, die dem Rest des Kantons droht. Was passiert, wenn die Stadt Zug erhöht? Es hat sich einiges geändert. Heute ist das Ganze noch transparenter, flüssiger und schneller geworden. Es braucht nicht viel und dann rutscht uns das weg. Philip C. Brunner macht sehr beliebt, auf Kontinuität und Pragmatismus zu setzen, ermuntert aber den Stadtrat, mitzuteilen dass es nicht Gott gegeben ist, dass die Stadt Zug das so durchhalten kann. Wenn die Steuern erhöht werden, ist die Katastrophe vollends, dann wird nicht die Stadt Zug die grosse Nr. 1 als leidende sein. Es werden die andern sein, dort wo die Einkommenssteuern anfallen von Leuten, die in der Stadt Zug arbeiten. Dann kommt das Karussell zum Tragen. Es werden noch mehr NFA/ZFA-Abgaben zu leisten sein. Das

wird Zug das Genick brechen. Philip C. Brunner erinnert an die verschiedenen Zeitungsartikel. Was die Presse hier macht, ist wunderbar. Philip C. Brunner wird das nicht unterstützen und hofft, dass auch der Grosse Gemeinderat zu dieser Steuererhöhung nicht Ja sagt. Man muss für diese Stadt kämpfen und das möglicherweise eine Speerspitze zeigen, die man im Lichte funkeln lassen muss, damit alle wissen, dass es eine scharfe Klinge ist. Das ist eine der Waffen, die der Stadtrat hat. Vor noch nicht allzu langer Zeit hat der Stadtrat eine Steuererhöhung beantragt. Der GGR hat aber Nein gesagt und Verantwortung übernommen. Philip C. Brunner empfiehlt, den Antrag von Stefan Hodel namens der Fraktion Alternative-CSP nicht zu unterstützen.

Martin Kühn: Die FDP-Fraktion wird den Antrag nicht unterstützen. Er ersucht Stadtrat Karl Kobelt, den Grossen Gemeinderat über seine mit den wirklich guten und grossen Steuerzahlern geführten Gespräche zu informieren.

Ignaz Voser: Die von Stefan Hodel aufgelegte Grafik zeigt deutlich: 2008 war die Finanzkrise. Danach ging es noch ein Jahr gut, dann ging es mit den Steuern und Einnahmen runter. Das hat sich nicht vertragen, sondern gebissen. Die Prüfung einer Steueranpassung darf nicht Tabu sein. Und dass ausgerechnet eine wirtschaftsfreundliche Partei dieses Wort „tabu“ überhaupt braucht! Das Bankgeheimnis war auch einmal tabu und trotzdem gibt es inzwischen dieses Bankgeheimnis nicht mehr. Um gesunde Finanzen zu haben muss auf der Ausgabenseite und der Einnahmenseite alles Nötige unternommen werden. Es darf aber nicht nur gespart werden. Man sollte sich nicht zu Tode sparen, sondern von einem Finanzchef von der eben vorher genannten Partei erwartet Ignaz Voser persönlich, dass er hinsteht und sagt: es wird nicht nur gespart, sondern es wird auch etwas auf der Einnahmenseite getan, und es wird nicht nur gespart, sondern gewirtschaftet und gehaushaltet. Das muss er den Leuten einmal erklären, wie das genau geht. Ignaz Voser hat noch nicht ganz verstanden, ob es nur mit sparen geht. Zum vorliegenden Budget und Finanzplan 2014-2017 sind Ignaz Voser zwei Grafiken besonders aufgefallen, nämlich die Mindereinnahmen als Folge der Steuergesetzrevisionen seit 2009. Das läuft sich genau entgegen. Es gibt weniger Einnahmen, das wurde hergegeben, obwohl Geschenke gegeben werden müssen. Als zweites die 2. Steuersatzsenkungen seit 2009: Man hätte sehen und vermuten müssen, dass die Steuergelder nach der Finanzkrise 2008 und der bereits eingeleiteten Steuerreformen weniger reichlich fliessen würden. Trotzdem hat man getan, was man nicht hätte tun dürfen. Die Einnahmen reichen inzwischen nicht mehr aus, und es wird ein Minusbudget geschrieben. Das war Schnaps gegen Alkoholismus. Das konnte nicht gut gehen. Trotz mahnenden Worten der Fraktion Alternative-CSP (den Vernünftigen) hat man diese Steuersenkung durchgeboxt. Jetzt, drei Jahre nach negativer Rechnung ist es an der Zeit, Gegensteuer zu geben. Darum unterstützt Ignaz Voser auch den Antrag von Stefan Hodel und der Fraktion Alternative-CSP.

Adrian Moos ist auch einverstanden: Bei der Staatsfinanzierung soll es an sich keine Tabus geben. Bei Adrian Moos ist das kein Tabu, wenn es einmal nötig sein sollte, die Steuern anzupassen. Es ist auch zu hoffen, dass Finanzchef Karl Kobelt dieses Instrument zu Hilfe nehmen würde, wenn er der Überzeugung wäre, dass es nicht anders geht. Soweit ist die Stadt Zug aber heute noch nicht. Mit diesen Sparbemühungen und den Zukunftsprognosen kann die Stadt Zug das so halten. Wenn es sich eines Tages zeigen wird, dass es wirklich nicht geht, darf es kein Tabu sein.

Das langfristige Ziel einer ausgeglichenen Rechnung ist das oberste Ziel. Da muss jedes Instrument geprüft werden, heute aber noch nicht.

Urs Bertschi: Die SP-Fraktion wäre für heute bereit gewesen, den Steuerfuss mal ruhen zu lassen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung hat sich nun die SP-Fraktion auch wiederum Gedanken gemacht und wird den Antrag der Fraktion Alternative-CSP unterstützen. Urs Bertschi möchte, wenn die Entwicklung der Steuerfüsse gesehen wird, von der grossbürgerlichen Fraktion mal ein Signal erhalten, dass nach dem Durchschreiten dieses Tales vielleicht wieder Leistungsausbau angezeigt ist und eben nicht die nächste Steuersenkung. Das wäre ein Zeichen, dann könnten die Bürgerlichen auch mit der SP anders politisieren. Es wird jetzt Leistungsabbau betrieben. Für die SP-Fraktion ist ein wesentlicher Aspekt, dass in Zug gute Leistungen erbracht werden. Da wäre angezeigt, jetzt den Steuerfuss, den man vielleicht unter falschen Vorzeichen runter getrieben hat, jetzt aus nachvollziehbaren Gründen wieder anzuheben, um ihn auch wieder zu senken, wenn dann die Zeit gekommen ist. Urs Bertschi glaubt nicht, dass das Vertrauen in die Steuerpolitik verloren geht. Das kann man manchem Steuerzahler und mancher Steuerzahlerin dieser Stadt sehr wohl verständlich machen, dass eben so kleine Volatilitäten durchaus an der Tagesordnung sein können. „Geben Sie mir aber ein Zeichen, dass, wenn das Tal durchschritten ist, uns nicht der Steuerfuss, wie das die SVP für heute bereits wieder angedacht hatte, plötzlich dann auf 57 % ist.“ Das sind Signale, die zwangsläufig mit Leistungsabbau verbunden sein müssen. Das wäre mal eine Diskussionsgrundlage, die man vielleicht auch nicht nur im Rahmen der grossbürgerlichen Kabinettsjustiz unter Beisein des Finanzchefs aushandeln könnte. Man könnte hier auch mal ein Hearing veranstalten. Diese Themen interessieren die Linken auch. Es geht nicht darum, sich vor Sachzwängen zu verschliessen. Urs Bertschi ist auch gerne lernfähig, da muss man aber eben den Dialog suchen und vielleicht auch aus der Dunkelkammer heraustreten.

Barbara Hotz äussert sich kurz zu Ignaz Voser: Heute hat der GGR keinen Franken gespart, sondern nur das Budget gekürzt. Sparmassnahmen und sparen tut man erst, wenn Geld nicht ausgegeben wird. Heute wurden nur Ziele gesetzt, weniger Geld auszugeben. Die erwähnte Folie zeigt eine kleine Einheit, nämlich die Stadt Zug und die Entwicklung der Steuersätze. Das reicht heute nicht mehr. Zug steht in Konkurrenz zu den kantonalen Nachbargemeinden, welche genau die gleichen Steuerrevisionen zu verkraften haben, aber trotzdem die Steuersätze gesenkt haben. Das macht der Stadt Zug das Leben schwer. Zug steht aber auch in Konkurrenz zur gesamten Schweiz. Auch da bläst Zug ab und zu ein kühler Wind entgegen. International betrachten weht der Wind noch etwas kälter. Die Steuerzahler - Private und Institutionelle - sind mobil und werden mobil sein. Barbara Hotz appelliert, Vernunft walten zu lassen und das Spiel nicht bis zum Exzess zu spielen. Man merkt erst, was man verloren hat, wenn man die goldene Kuh in die Wüste geschickt hat. Urs Bertschi spricht immer davon, wieviel Leistungen schon abgebaut wurden. Keine andere Gemeinde im Kanton hat so viele gebundene Ausgaben wie die Stadt Zug. Gebundene Ausgaben, weil sie diese sich selbst gebunden hat über GGR-Beschlüsse. Es sind nicht nur gebundene Ausgaben, was über Gesetze geregelt ist, sondern sehr viele Ausgaben hat Zug selbst gebunden. Vielleicht müsste man da auch einmal hinschauen und könnte hier noch etwas Leistungen abbauen. Zug geht es aber immer noch besser als manch anderer Gemeinde, denn die städtischen Leistungen sind wirklich weltmeisterlich.

Stadtrat Karl Kobelt: Der Stadtrat steht für Stabilität, auch bezüglich Steuerfuss. Er sieht Steuererhöhungen ultima ratio, also erst dann, wenn kein anderer Weg mehr möglich ist. Der Stadtrat will zuerst die kantonale Entwicklung abwarten bezüglich NFA/ZFA. Dann wird die Situation neu beurteilt. Der Stadtrat hat bereits in seinem dreistufigen Plan der Spar- und Verzichtsplannung einnahmenseitig reagiert und mehr Einnahmen generiert. Das ist beim Finanzvermögen recht gut gelungen, z.B. IT-Bereich. Das gute Leistungsangebot und die Nähe zu Verwaltung reichen nicht. Mehr als die Hälfte der von Stadtrat Karl Kobelt besuchten Unternehmen reagieren hochsensibel auf Veränderungen beim Steuerfuss. Zug steht in Konkurrenz nicht nur zu Luzern und Zürich, sondern auch zu Irland und Singapur. Wenn Zug nicht attraktiv bleibt bei der Steuerbelastung, werden die einen oder anderen Juristischen Personen sehr wohl erwägen, diesen Standort zu verlassen. Sie können das, weil sie hoch mobil sind, hier nur wenige Personen beschäftigen und dennoch ein unglaublich grosses Steuersubstrat hier abliefern. Das kann niemand in diesem Saal wollen. Also ist auch zu diesem Bereich Sorge zu tragen. Zu den Gesprächen ZFA Gemeinden/Kanton: Es ist nicht so, dass es immer heisst: alle gegen die Stadt Zug. Stadtrat Karl Kobelt hat in den ersten Monaten mit grosser Befriedigung, aber auch mit einem gewissen wohlwollenden Erstaunen feststellen können, dass in den Gemeindeexekutiven und im Kanton man sich sehr wohl bewusst ist, dass diese Stadt Zug der Motor des Kantons ist, zu dem man Sorge tragen muss. Stadtrat Karl Kobelt hat daher Solidarität erfahren. So ist ein Konsens zustande gekommen und nur ein Konsens erhalten geblieben über die Monate. Positive Signale sind zu verzeichnen aus der Finanzdirektion. Zug ist auf gutem Weg, es braucht aber Sensivität in diesem Prozess und eine grössere Geschlossenheit im Auftritt von der Stadtpolitik her gegen aussen in die anderen Gemeinden. Es wollen alle das gute Leistungsangebot in dieser Stadt erhalten. Es soll effizient erbracht werden und effektiv sein. Wie stark der Ausbau ist, ist eine Frage der politischen Debatte. Linke und Rechte sollen und müssen zum Wohl der Stadt im Dialog bleiben. Zug ist in einer herausfordernden Phase. Stadtrat Karl Kobelt ist überzeugt, dass alle bereits sind, diese Herausforderungen anzunehmen. „Tun wir das, indem wir weiterhin auf einander zugehen, den Dialog zu suchen und zu finden und gemeinsam das Beste für diese Stadt zu erwirken. Ich bin überzeugt, dass wir es schaffen werden“

Abstimmung

über den Antrag von Stefan Hodel namens der Fraktion Alternative-CSP für eine Erhöhung des Steuerfusses um 2 %:

Für den Antrag von Stefan Hodel stimmen 13 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 23 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR mit 13:23 Stimmen den Antrag von Stefan Hodel namens der Fraktion Alternative-CSP abgelehnt hat.

Zu Ziff. 1.2 sowie Ziff. 2 bis Ziff. 7 erfolgen keine Wortmeldungen.

Ratspräsident Stefan Moos erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 24:13 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu.

Beschluss des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1600
betreffend Budget 2014 und Finanzplan 2014 bis 2017

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2280 vom 22. Oktober 2013:

1. Die Steuern für das Jahr 2014 werden wie folgt festgesetzt:
 - 1.1. Die Einkommens- und Vermögenssteuern für natürliche Personen sowie die Reingewinn- und Kapitalsteuern für juristische Personen mit 60 % auf der Basis der kantonalen Einheitsansätze.
 - 1.2. Die Hundesteuer mit CHF 100.00.
Für Wachhunde auf Bauernhöfen sowie für Rettungs-, Militär-, Blinden-, Therapie- und auf Schweiss geprüfte Hunde kann die Hundesteuer auf Gesuch hin erlassen werden.
2. Das für das Jahr 2014 aufgestellte Budget wird - mit den an der GGR-Sitzung vom 10. Dezember 2013 vorgenommenen Korrekturen - genehmigt.
3. Der Finanzplan 2014 bis 2017 wird - mit den an der GGR-Sitzung vom 10. Dezember 2013 vorgenommenen Korrekturen - zur Kenntnis genommen.
4. Ziffern 1 und 2 dieses Beschlusses treten auf den 1. Januar 2014 in Kraft. Bezüglich Ziffer 1 dieses Beschlusses bleibt das fakultative Referendum gemäss § 8 der Gemeindeordnung vorbehalten.
5. Dieser Beschluss wird im Amtsblatt veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
6. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
7. Gegen diesen Beschluss kann
 - a) gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt 20 Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

- b) gemäss § 17bis des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 67 ff. des Wahl- und Abstimmungsgesetzes wegen Verletzung des Stimmrechts beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Stimmrechtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt drei Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

5. Einzelinitiative Jürg Messmer und Mitunterzeichnende betreffend Sport- und Streethockeyhalle für Oberwil: Neubau Streethockeyhalle, Baukredit; Gültigerklärung und Unterstellung unter die Urnenabstimmung

Es liegt vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1915.5

Jürg Messmer dankt dem Stadtrat für die schnelle Beantwortung der Einzelinitiative und hofft, dass der Rat diese heute dahingehend beschliesst, dass das Stimmvolk im Frühling über die Rebellshalle abstimmen kann und man dann wirklich weiss, woran man ist. Jürg Messmer hofft dann auch, dass in der Abstimmungsbroschüre alles korrekt enthalten ist. Der GGR lehnt den Baukredit ab, der Stadtrat wird ihn hoffentlich dann zur Annahme empfehlen. Das will auch Jürg Messmer und empfiehlt dem GGR, die Initiative für gültig zu erklären.

Urs Bertschi: Die SP-Fraktion lehnt die Einzelinitiative Messmer ab, konsequent und noch immer mit guten Gründen! Die SP-Fraktion empfiehlt dem GGR daher, zu beschliessen, die Einzelinitiative Messmer nicht der Urnenabstimmung zu unterstellen. Die SP sagte und sagt zu den nach wie vor überzogenen Begehrlichkeiten der Oberwil Rebels, nachdem diese heute im Herti über eine perfekte Infrastruktur verfügen, konsequent nein. Wenn es heute für die Rebels in Oberwil aus lärmtechnischen Gründen zwingend eine Halle braucht, dann ist eben die ursprüngliche Volksinitiative - auch wenn sie mit klarer Mehrheit damals angenommen wurde - schlicht nicht mehr erfüllbar. Insofern kann und darf die alte Initiative nicht als Argument missbraucht werden, indem gesagt wird, das Volk soll das letzte Wort haben. Zu einer unerfüllbaren Initiative gibt es schlicht kein letztes Wort des Volkes! Mit der heutigen Einzelinitiative Messmer wird das Volk definitiv nicht mehr zum ursprünglichen Initiativgegenstand befragt werden können. Denn dieses gibt es nicht mehr. Vielmehr muss das Volk effektiv über ein völlig anderes, über ein neues Projekt abstimmen, über ein Hallen-Projekt für CHF 6,7 Mio., welches der GGR am 1. Oktober 2013 nota bene bereits deutlich versenkt hatte. Mit andern Worten würde es dieser Rat möglich machen, dass die ursprünglichen Initianten als Belohnung für ihr nicht realisierbares Anliegen von Jürg Messmer eine neue Initiative "franko Haus" zugespielt erhielten, ohne dass sie für ihr neues, überaus kostspieliges Anliegen, nämlich eine Sport- und Streethockeyhalle - auch nur eine einzige Unterschrift würden sammeln müssen. Wenn der GGR diese Einzelinitiative heute zur Urnenabstimmung durchwinkt, interpretiert er seine Aufgabe in mehrfacher Hinsicht falsch. Er würde sich damit zum Steigbügelhalter für ein von niemandem verlangtes Projekt machen! Wenn die Oberwil Rebels eine Halle wollen, dann sollen sie hierfür zuerst die nötigen Unterschriften sammeln. Dann wird sich zeigen, ob sich die vom Sparen gebeutelten Zugerinnen und Zuger von diesem Vorhaben hinreissen lassen. Dann wird sich zeigen, ob eine unnötige Streethockeyhalle gegenüber anderen, dringend benötigten Investitionsvorhaben die Oberhand gewinnt. Und zu guter Letzt - denn von ungefähr dürfte das Engagement des Herrn Messmer für Oberwil nicht kommen - lasse sich der GGR nicht als Wahlhelferinnen und Wahlhelfer missbrauchen. Am besten hätte der GGR bereits anlässlich der GGR-Sitzung vom 29. Oktober 2013 den Mut zur Verantwortung aufgebracht, indem er die Einzelinitiative nicht zu Bericht und Antrag hätte überweisen dürfen. Heute gilt es nun, die Reissleine zu ziehen. „Ziehen Sie sie aber kräf-

tig!“ Gegenüber einem Projekt, dass niemand verlangt hat, gegenüber einem Projekt, welches auch der GGR am 1. Oktober 2013 bereits überaus deutlich abgelehnt hat! Die SP-Fraktion empfiehlt daher, zu beschliessen, die Einzelinitiative Messmer nicht der Urnenabstimmung zu unterstellen.

Theo Iten: An der Urnenabstimmung vom 11. März 2007 verzichtete der Stadtrat auf eine Empfehlung, weil die Realisierbarkeit des Projekts zu unsicher sei. Und jetzt empfiehlt der Stadtrat man soll der Einzelinitiative zustimmen, mit einem Baukredit von CHF 6.7 Mio. für einen Verein, das ist für die CVP-Fraktion befremdend. Die CVP-Fraktion empfiehlt dem Stadtrat darauf zu verzichten.

Sandra Barmettler: An der Urnenabstimmung vom 11. März 2007 stimmten die Stadtzuger Stimmberechtigten mit 74.60% gegen 25.40% der Volksinitiative „Sport- und Streethockeyplatz für Oberwil“ klar zu. Unabhängig von den persönlichen Meinungen innerhalb der FDP-Fraktion für oder gegen den Baukredit für den Hallenbau ist die Fraktion einstimmig der Meinung, dass der Baukredit für den Neubau einer Sport- und Streethockeyhalle dem Volk unterbreitet werden muss. Die Stadtzuger Stimmberechtigten sollen das letzte Wort haben. Die FDP-Fraktion unterstützt darum einstimmig den Antrag, diese vorliegende Einzelinitiative betreffend Sport- und Streethockeyhalle für Oberwil für gültig zu erklären und der Urnenabstimmung zu unterstellen.

Astrid Estermann: Vorgeschichte und Ausgangslage zur Streethockeyhalle sind allgemein bekannt. Die Fraktion Alternative-CSP ist nach wie vor dagegen, dass eine solch grosse Halle gebaut werden soll, obwohl bereits ein voll einsatzfähiger Platz für den Streethockeyclub vorhanden ist. Die Auslagen für den Platz sind bereits getätigt, die Folgekosten – nur schon für den Grund und Boden – sind viel geringer als bei der neuen Halle. Die Halle kann nicht vielseitig genutzt werden, weil sie nicht beheizt ist, keinen geeigneten Bodenbelag aufweist, Zufahrtswege und Parkiermöglichkeiten katastrophal bzw. nicht gewollt sind. Ausserdem ist die Turnhalle in Oberwil nicht voll ausgelastet. Es braucht diese Halle schlicht nicht – sie ist Geld zum Fenster rausgeworfen. Die Fraktion Alternative-CSP ist deshalb auch der Meinung, dass es dazu keine Abstimmung braucht, da sie die Verantwortung für diesen Entscheid tragen will und kann. Da sie aber damit wahrscheinlich keine Chance hat, weil die Bürgerlichen das Volk dazu befragen wollen, hat die Fraktion Alternative-CSP zwei Anträge für einen GGR-Beschluss. Diese trägt Astrid Estermann nun bereits jetzt vor:

Antrag 1: Punkt 3 des Beschlusses ist zu streichen.

Die Fraktion Alternative-CSP weiss, dass der Stadtrat gegen ein Hallenprojekt in Oberwil ist. Es kann nicht sein, dass der Stadtrat der Einzelinitiative zuzustimmen hat, weil er das Projekt ausgearbeitet hat. Er gibt damit schlichtweg eine falsche Stimmempfehlung ab. Der Stadtrat hatte wohl den Auftrag, aufgrund der Initiative ein Projekt auszuarbeiten – dass er aber damit sozusagen automatisch auch für das Projekt zu sein hat, erscheint Astrid Estermann rechtlich überhaupt nicht klar. Der Stadtrat soll somit - wenn schon - gar keine Stimmempfehlung abgeben. Sollte dieser Antrag nicht durchkommen, dann stellt Astrid Estermann den Antrag, dass die Vorlage mit dem Auftrag an den Stadtrat zurückgewiesen wird, um diesen Punkt zunächst rechtlich sauber abzuklären: Ist es rechtlich wirklich notwendig, dass der Stadtrat ein Ja empfiehlt, weil er das

Projekt ausgearbeitet hat? Wenn das nicht so ist, wie ist dann die tatsächliche Empfehlung des Stadtrates für das Projekt.

Antrag 2: Punkt 2 wird zu Punkt 2a, neuer Punkt 2b, lautend: Die Folgekosten der Streethockeyhalle belaufen sich nach alter Berechnungsmethode pro Jahr auf CHF 590'600.- (allenfalls angepasster Betrag gemäss Berechnung nach neuer Methode auf 5 Jahre)

Das Postulat von Philipp C. Brunner und Jürg Messmer fordert, dass die Folgekosten eines Projekts immer aufgezeigt werden müssen. Vorliegend ist die Berechnung der Folgekosten, bzw. –erträge noch nach der alten Methode vorgenommen (also nicht auf die nächsten 5 Jahre). Sie belaufen sich auf eine satte halbe Million! Die Fraktion Alternative-CSP ist der Meinung, dass nicht nur gegenüber dem Gemeinderat, sondern bei einer Abstimmung auch gegenüber dem Volk die Folgekosten und allfällige Erträge aufgezeigt werden sollten, damit es über das Ausmass einer Entscheidung Klarheit hat. Wenn dieser Antrag nicht angenommen wird, dann will die Fraktion Alternative-CSP vom Stadtrat wissen, ob er in der Abstimmungsvorlage die Folgekosten auf die nächsten 5 Jahre dem Stimmvolk aufzeigt.

Adrian Moos hat zu den Anträgen von Astrid Estermann zwei Bemerkungen: Er ist sich nicht sicher, ob ein vorgegebener Abstimmungstext Ergänzungen oder Anpassungen möglich macht. Wenn der Stadtrat von sich aus sagt, es sei seine Empfehlung, hat er das so gesagt. Adrian Moos staunt dann schon, wenn er GGR ihm vorschreiben soll, was er zu meinen hat. Adrian Moos glaubt nicht, dass es dem GGR obliegt, dem Stadtrat in den Mund zu legen, was er zu sagen hat bzw. in den Füllhalter zu legen, was er zu schreiben hat.

Monika Mathers hat in Anbetracht der vorherigen Spardebatte eine Frage: Kann sich die Stadt Zug das Risiko leisten, zu diesen CHF 6,7 Mio. das Volk zu befragen und ein Ja zu riskieren? Die mit einer halben Million budgetierten Folgekosten sind nur ein Anteil dessen, was zu erwarten ist. Ein nächstes Risiko, das eingegangen wird: Die Rebellshalle ist verkehrstechnisch nicht erschlossen. Auswärtige Mannschaften kommen über die Autobahn durch die Stadt Zug und nach Oberwil. Auch die Spieler - nur knapp die Hälfte wohnt in Oberwil selber - kommen nicht mit der Stadtbahn. Die nächsten Folgekosten werden dann eine Initiative sein, ein Parkhaus in Oberwil zu bauen. Das kostet Millionen. Monika Mathers ersucht den Rat, sehr genau zu überlegen, ob es wirklich seine Sache ist, die Verantwortung an das Stimmvolk abzuschieben und nicht jetzt selber zu entscheiden.

Stadtpräsident Dolfi Müller: Der Stadtrat hat den Baukredit in den GGR gebracht. Es ist daher für niemanden verständlich, wenn der Stadtrat eine Nein-Empfehlung abgibt. Es ist auch nicht zwingend, seitens des Stadtrates überhaupt eine Empfehlung abzugeben. Das wurde über den Rechtsdienst abgeklärt. Der GGR muss das aber. Zu Ziff. 3 des GGR-Beschlusses: „Macht damit, was Ihr wollt.“

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Stefan Moos erklärt so beschlossen.

Ziff. 2:

Ratspräsident Stefan Moos verweist auf den von Astrid Estermann gestellten Antrag für eine neue Ziff. 2 b), lautend: Die Folgekosten der Streethockeyhalle belaufen sich nach alter Berechnungsmethode pro Jahr auf CHF 590'600.-- (allenfalls angepasster Betrag gemäss Berechnung nach neuer Methode auf 5 Jahre).

Jürg Messmer möchte vom Stadtschreiber wissen, ob es rechtens ist, wenn hier der Initiativtext abgeändert wird.

Arthur Cantieni würde Ziff. 2 unverändert lassen. Der Initiativtext kann nur mit Zustimmung des Einzelinitianten abgeändert werden. Wenn schon könnte mit seinem Einverständnis eine neue Ziff. 3 mit der Präzisierung eingefügt werden, die in der Abstimmungsbroschüre ohnehin enthalten sein wird. Die übrigen Ziffern würden sich dann entsprechend verschieben.

Jürg Messmer macht beliebt, eine neue Ziff. 3 einzufügen.

Astrid Estermann erklärt sich damit einverstanden.

Abstimmung

über den Antrag Astrid Estermann für eine neue Ziff. 3:

Für den Antrag von Astrid Estermann stimmen 25 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR mit 25 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrs den Antrag Astrid Estermann gutgeheissen hat.

Abstimmung:

über den Antrag von Astrid Estermann, die bisherige Ziff. 3 ersatzlos zu streichen:

Für den Antrag von Astrid Estermann stimmen 25 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der GGR mit 25 Jastimmen und ohne Ermittlung des Gegenmehrs den Antrag von Astrid Estermann betr. Streichung von alt Ziff. 3 gutgeheissen hat.

Zu Ziff. 4 - 8 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsident Stefan Moos erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 19:18 Stimmen dem Antrag des Stadtrates zu. Der Beschluss wird dem Volk an der Urnenabstimmung vom 18. Mai 2014 vorgelegt.

Beschluss des Grossen Gemeinderates von Zug Nr. 1601

Einzelinitiative Jürg Messmer und Mitunterzeichnende betreffend Sport- und Streethockeyhalle für Oberwil: Neubau Streethockeyhalle, Baukredit; Gültigerklärung und Unterstellung unter die Urnenabstimmung

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 1915.5 vom 19. November 2013:

1. Die Einzelinitiative Jürg Messmer und Mitunterzeichnende betreffend Sport- und Streethockeyhalle für Oberwil, Neubau Streethockeyhalle, Baukredit, wird für gültig erklärt und der Urnenabstimmung unterstellt.
2. Der Abstimmungstext und die Abstimmungsfrage lauten:

Einzelinitiative Jürg Messmer und Mitunterzeichnende betreffend Sport- und Streethockeyhalle für Oberwil: Neubau Streethockeyhalle; Baukredit

1. In Oberwil sei eine Sport- und Streethockeyhalle nach Massgabe der GGR-Vorlage Nr. 1915.2, Bericht und Antrag des Stadtrates vom 2. Juli 2013, zu errichten.
2. Für den Neubau der Sport- und Streethockeyhalle Oberwil sei ein Baukredit von brutto CHF 6'700'000.00 inkl. MWST zu Lasten der Investitionsrechnung zu bewilligen.
3. Dieser Kredit erhöht oder senkt sich entsprechend dem Zürcher Baukostenindex (Stand 1. April 2012).

Wer der Einzelinitiative von Jürg Messmer und Mitunterzeichnende zustimmen will, schreibe JA, wer sie ablehnen will, schreibe NEIN.

3. Die Folgekosten der Sport- und Streethockeyhalle belaufen sich auf CHF 590'600.00 pro Jahr.
- 4.. Der Grosse Gemeinderat empfiehlt den Stimmberechtigten die Einzelinitiative abzulehnen.
5. Dieser Beschluss wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht.
6. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

7. Gegen diesen Beschluss kann
- a) gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt 20 Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

 - b) gemäss § 17bis des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 67 ff. des Wahl- und Abstimmungsgesetzes wegen Verletzung des Stimmrechts beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Stimmrechtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt zehn Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

6. Postulat Philip C. Brunner und Jürg Messmer, beide SVP, vom 18. Juni 2013: Ohne genaue Berechnung der Folgekosten dürfen keine Investitionskredite mehr bewilligt werden!

Es liegt vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2284

Philip C. Brunner erklärt sich auch im Namen von Jürg Messmer begeistert von dieser Antwort. Die Beilage 3 ist die Quintessenz aus diesem Prozess. Philip C. Brunner hat noch nie auf einer A4-Seite so viel erreicht. Nachdem die Linke nun die Mehrjahresübersichten auch positiv wertet, ist das eine gute Sache. Philip C. Brunner bittet Stadtrat Karl Kobelt, den Verfassern zu danken. Im Kantonsrat hat Philip C. Brunner zusammen mit glp-Kantonsrat Daniel Stadlin eine ähnliche Interpellation eingereicht. Diese Antwort steht noch aus. Auf S. 6 unter Ziff. 5 ist die Tabelle des Kantons ersichtlich. Philip C. Brunner ist überzeugt, dass auch das verbesserungswürdig ist.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass der Grosse Gemeinderat von der Antwort des Stadtrates zustimmend Kenntnis genommen hat. **Das Postulat Philip C. Brunner und Jürg Messmer, beide SVP, vom 18. Juni 2013: Ohne genaue Berechnung der Folgekosten dürfen keine Investitionskredite mehr bewilligt werden! ist damit erledigt und kann von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden**

7. Interpellation Philip C. Brunner, SVP, vom 26. August 2013: Ist die verspätete Übergabe der neuen Parkieranlage Allmendstrasse auch die Chance für die erste neue professionelle Parkraum-Bewirtschaftung mit Parkleitsystem (PLS) im Herti - Quartier - Zug West?

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrats Nr. 2285

Philip C. Brunner dankt dem Stadtrat für die Beantwortung. Philip C. Brunner hat schon einige Interpellationen geschrieben, bei dieser hier kommt aber wenigstens etwas Substanz zurück. Nicht einverstanden ist Philip C. Brunner mit der Antwort zur Frage 2. Ein Parkplatz für ein Motorrad ist seiner Meinung nach nicht einem Parkplatz für ein Auto gleichzusetzen. Philip C. Brunner kommt daher zu einem anderen Resultat: Wenn 8 Parkplätze vor der Sanierung aufgehoben werden und dann 8 Motorräder hingestellt werden können, sowie zusätzlich 2 Behindertenparkplätze und noch 3 Parkplätze für Autos, dann hat es weniger Parkplätze. Philip C. Brunner kommt bei seiner Berechnung auf minus 5. Bei Frage 5 freut es Philip Brunner, zu hören, dass nicht eine generelle Tempo 30 km/h auf stillem Wege geplant wird. Philip C. Brunner hat eine kleine Wanderung unternommen und erläutert die verschiedenen Stationen anhand einer Präsentation. Die Aufnahmen erfolgten am 1. August 2013. Der Start erfolgt beim Parkplatz Choller, führt dann weiter zur Chamerstrasse, zum Tempelplatz, zur Nobelbaustelle Allmendstrasse. Was ist des Steuerzahlers Fazit? Zwischen April 2008 und September 2013 wurden ca. CHF 3 Mio. für diese Sanierungen und diversen Kreisel ausgegeben. Es gibt jetzt 5 Parkplätze weniger, eine brandgefährliche Allmendstrasse, die verschmälert wurde, sanierte 182 Parkplätze für Mofas, Behinderte und Autos. Vielleicht wäre hier weniger etwas mehr gewesen. Vielleicht besteht andernorts auch noch Bedarf, um diese Parkplätze zu sanieren. Philip C. Brunner ist nicht auf die gesamte Abfallproblematik eingegangen, auch nicht darauf, dass es solange gedauert hat und auch nicht darauf, dass er selten so viel Korrespondenz, Telefonate und Zuspruch aus dem Quartier hatte zu diesem Thema. Es gibt nämlich bei der Abzweigung Allmendstrasse/Johannesstrasse noch ein Problem, muss doch hier der Bus über eine Schwelle fahren. Philip C. Brunner hat in Zeiten des Sparens etwas Mühe. Man muss sich sinnvoll überlegen, wo das Geld eingesetzt werden soll. Da sind die Linken sicher auch mit Philip C. Brunner einverstanden. Im Sinne des Märli sei doch darauf Wert zu legen, dass das gut gemacht wird. Dann kann Philip C. Brunner dem Stadtrat auch vermehrt Lob geben und muss nicht frustriert im Quartier herumlaufen.

Astrid Estermann beantragt Diskussion

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird und somit die Diskussion stillschweigend beschlossen ist.

Astrid Estermann: Philipp C. Brunner stellt dem Stadtrat unter anderem Fragen zu den Kosten der Umgestaltung, der Beleuchtung, den Unterflurcontainern, der Tempo 30 Zone und der Parkplatzzahl an der Allmendstrasse. Diese Punkte interessieren Astrid Estermann auch – aber

was sie noch viel mehr interessiert, ist die Gestaltung für die Velofahrenden. Und da ist Astrid Estermann mit der neuen Gestaltung nicht nur zufrieden. Dass die Längsparkfelder auf der Allmendstrasse verschwunden sind, findet sie eine gute Sache. Sie sind für Velofahrende nämlich gefährlich, weil Autofahrende immer wieder mal vergessen, einen Blick nach hinten zu werfen, wenn sie aussteigen. Eine plötzlich aufgehende Autotüre ist ein Alptraum für jeden Velofahrenden - Astrid Estermann durfte das schon am eigenen Leib erfahren. Dass alle Parkfelder ins neue Parkleitsystem eingebunden sind, ist ebenfalls richtig und dient auch den Autofahrenden. Dass mit LED-Leuchten Strom eingespart wird, findet die Fraktion Alternative-CSP sehr vorteilhaft und die neu gestaltete Entsorgungsstelle ist an einem gut zugänglichen und zentralen Ort platziert. Die Umgestaltung der Allmendstrasse zu einer weniger breiten Kernfahrbahn ist sinnvoll, damit das Tempo auf dieser schnurgeraden Strasse gedrosselt wird. Das freut die Velofahrenden, die Eltern von und den freiwilligen Lotsendienst für die Schülerinnen und Schüler. Ohne Verkehrsinsel hat die Lotsenfrau aber nun Mühe, die Kinder gut über die Strasse zu begleiten. Mit der Kernfahrbahn wurden aber nicht nur die Verhältnisse für die Autofahrenden enger, sondern auch für die Velofahrenden – und das ärgert Astrid Estermann. Mit der Kernfahrbahn können zwei Autos nicht mehr kreuzen ohne den Velofahrestreifen zu befahren. Sind Velofahrende unterwegs, werden sie zum Hindernis für das zügige Fortkommen der Autofahrenden. Diese müssen abbremsen, warten, eng kreuzen bzw. überholen. Das Resultat davon: Trotz Kernfahrbahn und gedrosseltem Tempo fühlen sich viele Velofahrende auf der Kernfahrbahn weniger sicher als auf der breiten Strasse. Oft lassen die Platzverhältnisse es nicht zu, dass ein separater, abgetrennter Veloweg geschaffen wird. Hier auf der Allmendstrasse wäre dies aber ohne weiteres möglich gewesen. Eine gute Chance für Velo- und Autofahrende wurde hier vertan. Es würde dem Stadtrat gut tun, bei der Pro Velo eine Vernehmlassung über ihre Strassenprojekte einzuführen. Die Pro Velo Zug hat keine Einsprachemöglichkeiten, ist aber immer bereit, konstruktiv an Lösungen zu arbeiten. Die Verbindung von der Gartenstadt über die Sportplätze zum Hertschulhaus und –quartier quert die zentrale Fahrspur der neu gestalteten Parkplatzanlage. Dabei treten Kinder mit ihren Velos, Fussgänger etc. zwischen den parkierten Autos hinaus auf die Fahrbahn. Zwar ist an dieser Stelle ein Fussgängerstreifen markiert. Die Erfahrung zeigt aber bereits jetzt, dass Autos die vermeintlich übersichtliche Fahrspur zu schnell befahren, um v.a. für Kinder, die hinter den parkierten Autos verborgen plötzlich auf dem Fussgängerstreifen auftauchen, rechtzeitig bremsen zu können. Die Gestaltung mag den Normen entsprechen, ist aber in der gelebten Realität ein Hochrisikospiele. Hier könnte mit einer Schwelle relativ einfach Abhilfe geschaffen werden. Nun noch zur 3. Bildaufnahme von Philipp C. Brunner gemäss seiner Interpellation: Er ärgert sich darüber, dass hier Platz für Parkplätze verloren gingen wegen dem Gross-Rasenmäher. Die Velofahrenden sind um diesen Platz aber froh. Sie benötigen ihn für das Einspuren in den Weg entlang der Fussballplätze ins Gartenstadtquartier. Was sie hingegen gar nicht verstehen können, dass die Ausfahrt in die Allmendstrasse, bzw. in die St. Johannesstrasse auch für Velofahrende geschlossen wurde. Hier wurde einfach ein Veloweg gekappt – ein Weg, der auch von Schülerinnen und Schüler regelmässig benutzt wurde. Zwar darf der Fussgängerstreifen mit dem Velo befahren werden, man hat aber keinen Vortritt. Dies wissen aber viele nicht, und die Autofahrenden und Fussgänger fühlen sich dann wieder darin bestätigt, dass die Velofahrenden Rowdys sind und zur Rechenschaft gezogen werden sollten. So wie dies in den letzten Tagen mit Plakaten, welche die Stadt Zug selber kreiert hat, den Velofahrenden unter die Nase gerieben wurden: Sie sind schwarz unterwegs und bedrohen Fussgänger, Kinder und

sogar kleine Hunde mit ihrem Rad. Die Stadt Zug zeigt damit einmal mehr, dass sie den Velofahrenden nicht wohlgesonnen sind: Sie lässt Schulwege für Velofahrende schliessen; baut keine separaten Velowege, auch wenn die Breite einer Strasse dies ohne weiteres zulässt und klebt Plakate, welche nur einseitig den Respekt von Velofahrenden gegenüber den Fussgängern einfordert. So stellt sich Astrid Estermann ein gutes Miteinander und Nebeneinander im Strassenverkehr nicht vor!

Stadtrat André Wicki ist immer wieder überrascht von Philip C. Brunner, wusste er doch nicht, dass dieser nun auch noch in die Powerpoint-Technik einsteigt. Stadtrat André Wicki ist aber froh, wenn Philip C. Brunner am 1. August für die Stadt unterwegs ist. Zur Frage 1: Der Stadtrat hat hier Herausforderungen, die er annehmen und das bestmögliche daraus machen will. Das Baudepartement ist ein Velodepartement, sind doch alle regelmässig mit dem Velo unterwegs. Es gibt natürlich Verbesserungsmöglichkeiten. Die verschiedenen Bebauungspläne zeigen, dass es dem Stadtrat ein Anliegen ist, für Velofahrende die richtigen Wege einzuleiten. Stadtrat André Wicki wird die kritisierten Punkte von Astrid Estermann nochmals prüfen und eine kurze Antwort geben.

Ergebnis:

Ratspräsident Stefan Moos stellt fest, dass **die Interpellation Philip C. Brunner, SVP, vom 26. August 2013: Ist die verspätete Übergabe der neuen Parkieranlage Allmendstrasse auch die Chance für die erste neue professionelle Parkraum-Bewirtschaftung mit Parkleitsystem (PLS) im Herti - Quartier - Zug West? beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.**

8. Mitteilungen

Ratspräsident Stefan Moos orientiert, dass Urs Bertschi seit dem GGR-Essen einen braunen Schal vermisst und dankbar wäre, ihn wieder zurückzuerhalten.

Ratspräsident Stefan Moos schliesst nun die heutige Sitzung und wünscht allen frohe Festtage und einen guten Rutsch ins 2014.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 21. Januar 2014, 17.00 Uhr

Für das Protokoll:

Arthur Cantieni, Stadtschreiber a.i.